

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/022(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 03.11.2005	Otto-von-Guericke- Saal/Altes Rathaus	14:00Uhr	20:15Uhr

Sollte die Sitzung nicht beendet sein , wird der Stadtrat vorsorglich zur 23. (IV) Sitzung (Fortsetzung) am 07.11.2005 um 16.00 Uhr eingeladen.

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 20.(IV)/21.(IV) Sitzungen vom 29.09./04.10.05
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung

5.1	Streichung von Zuschüssen für Hartz IV	F0277/05
5.2	Festplatz am Neustädter See	F0293/05
5.3	Einwohnerbefragung "Innerstädtische Wohnmobilität"	F0283/05
5.4	Schiffshebewerk Rothensee	F0298/05
5.5	Überwachung der Schulpflicht	F0288/05
5.6	Antrag A0182/04 - Verbesserung der Internetseiten des Jugendamtes	F0294/05
5.7	Fördermittel ab 2008 für den Elbauenpark	F0281/05
5.8	Aussichtsturm im Stadtpark Rotehorn	F0282/05
5.9	Behindertenparkplatz und Barrierefreiheit am/im Schauspielhaus	F0289/05
5.10	Zukunft des ehemaligen Bahnhofsgebäudes am Schleinufer	F0291/05
5.11	Parkplatzsituation Gebiet Domplatz	F0284/05
5.12	Parkplatzsituation an der Sternbrücke	F0285/05
5.13	Rechte Schulhof-CD	F0279/05
5.14	Richtlinie für Tagespflege nach § 6 KiFöG-LSA	F0286/05

5.15	4. Fußball-WM geistig behinderter Sportler vom 26.8. bis 16.9.06 in Sachsen-Anhalt	F0299/05
5.16	Skulptur "Fünf Sinne"	F0280/05
5.17	Leben an der Elbe	F0287/05
5.18	Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet Neustädter Platz	F0290/05
5.19	Perspektive für das HdL	F0278/05
5.20	Information zum theater magdeburg	F0295/05
5.21	Ausgestaltung Fraktionsräume	F0300/05
5.22	Haus für junge Kunst	F0301/05
5.23	Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Stadtrates	F0302/05
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
6.1	Grundsatzbeschluss für den Aus- und Umbau der Kindertageseinrichtung Montessori Kinderhaus BE: Oberbürgermeister	DS0284/05
6.1.1	Änderungsantrag zur Drucksache 0284/05 - Grundsatzbeschluss für den Aus- und Umbau der Kindertageseinrichtung Montessori Kinderhaus Oberbürgermeister	DS0284/05/ 1

6.2	Antrag auf überplanmäßige Ausgabe BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0446/05
6.3	P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg Jahresabschluss zum 31.12.2002 BE: Bürgermeister	DS0390/05
6.4	Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Magdeburg BE. Bürgermeister	DS0407/05
6.5	Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH Jahresabschluss zum 31.12.2004 BE. Bürgermeister	DS0422/05
6.5.1	Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH Jahresabschluss zum 31.12.2004 Fraktion Die Linkspartei.PDS	DS0422/05/ 1
6.6	Jahresabschluss 2004 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0448/05
6.7	Änderung eines Gesellschaftsvertrages - NKE GmbH BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0456/05
6.7.1	Änderung eines Gesellschaftsvertrages - NKE GmbH CDU - Fraktion	DS0456/05/ 1
6.8	Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Magdeburger Jahres der Wissenschaft 2006 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0476/05
6.8.1	Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Magdeburger Jahres der Wissenschaft 2006	DS0476/05/ 1
6.9	Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103-2D "Stahlgießerei" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0368/05
6.10	Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103-2F "Beton- und Baustoffwerke" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0369/05

- 6.11 Entwurf zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" DS0385/05  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.12 Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes B-Plan Nr. 103-3 "Am Deichwall" DS0440/05  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.13 Wirtschaftsplan 2006 Städtischer Abwasserbetrieb Magdeburg DS0436/05  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.14 2. Änderungssatzung der Entwässerungsabgabensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung und die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die dem dauernden Wohnen bzw. gewerblichen Zwecken dienen  
-Entwässerungsabgabensatzung- DS0468/05  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.15 2. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Beseitigung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die nicht dem dauernden Wohnen bzw. nicht gewerblichen Zwecken dienen und von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen  
-Abwasseranlagengebührensatzung- DS0469/05  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.16 Stellungnahme zur überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes zur Vergabe einer Baukonzession DS0447/05  
BE. Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 7 Einwohnerfragestunde  
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 8.1 Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms" A0054/05  
Die Linkspartei.PDS - Fraktion  
WV v. 07.04.05

8.1.1	Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms"  FDP - Fraktion	A0054/05/1
8.1.2	Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms"	S0098/05
8.2	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln  CDU - Fraktion WV v. 07.04.05	A0058/05
8.2.1	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln  Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0058/05/1
8.2.2	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln	S0175/05
8.2.3	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln	S0254/05
8.3	Berufliche Frühorientierung an den Schulen verbessern  FDP-Fraktion WV v. 12.05.05	A0073/05
8.3.1	Schaffung von Praktikumsplätzen  CDU - Fraktion WV v. 04.10.2005	A0174/05
8.3.2	Berufliche Frühorientierung an den Schulen verbessern	S0167/05
8.4	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees  CDU - Fraktion WV v. 09.06.05 und 29.09.05	A0109/05
8.4.1	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees  Finanz- und Grundstücksausschuss	A0109/05/1

8.4.2	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	S0159/05
8.4.3	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	S0248/05
8.5	1-Euro-Jobs für ältere Langzeitarbeitslose Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 11.07.05	A0113/05
8.5.1	1-Euro-Jobs für ältere Langzeitarbeitslose	S0222/05
8.6	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 11.07.05	A0117/05
8.6.1	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt Interfraktionell	A0117/05/1
8.6.2	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt Verwaltungsausschuss	A0117/05/2
8.6.3	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt	S0231/05
8.7	Ausschilderung von und in Gewerbegebieten CDU - Fraktion WV v. 11.07.05	A0119/05
8.7.1	Ausschilderung von und in Gewerbegebieten	S0227/05
8.8	Magdeburg als Lerngegenstand an Schulen FDP - Fraktion WV v. 11.07.05	A0122/05
8.8.1	Magdeburg als Lerngegenstand an Schulen Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	A0122/05/1
8.8.2	Magdeburg als Lerngegenstand an Schulen	S0236/05

8.9	Information zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht CDU - Fraktion WV v. 01.09.05	A0140/05
8.9.1	Information zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht	S0237/05
8.10	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 01.09.05	A0141/05
8.10.1	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0141/05/1
8.10.2	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten	S0232/05
8.11	Neustädter Bahnhof und Vorplatz aufwerten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0181/05
8.12	Perspektive der Gruson-Gewächshäuser Fraktion BfM/Tierschutz	A0183/05
8.13	Verkehrskonzept Stadtfeld-Ost Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0188/05
8.13.1	Verkehrskonzept Stadtfeld-Ost SPD - Fraktion	A0188/05/1
8.14	Magdeburger Denkmale ins Netz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0189/05
8.15	Hinweise auf benachbarte Plätze im Hauptbahnhof CDU - Fraktion	A0190/05
8.15.1	Hinweise auf benachbarte Plätze im Hauptbahnhof	A0190/05/1
8.16	Bundesanteil an Kosten der Unterkunft muss bleiben Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0191/05

8.17	Änderung der Ehrenbürgersatzung Interfraktionell	A0179/05
8.18	Einführung des Ortschaftsrechtes für Magdeburger Stadtteile Interfraktionell	A0192/05
8.18.1	Einführung des Ortschaftsrechtes für Magdeburger Stadtteile Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0192/05/1
8.19	Effektivere Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt SPD - Fraktion	A0194/05
8.20	Stärkung des Ehrenamtes in Magdeburg Interfraktionell	A0184/05
9	Informationsvorlagen	
9.1	Bericht zur Beschreibung der sozialen Lage der Magdeburger Bevölkerung	I0217/05
9.2	Elefantenhaltung im Zoo Magdeburg	I0224/05
9.3	Statusbericht 1995 bis 2005 mit Ausblick	I0231/05
9.4	Information zur Umsetzung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg	I0253/05
9.5	Städtepartnerschaft "Sarajevo"	I0264/05
9.6	Weiterentwicklung der europäischen Metropolregion Halle/Leipzig- Sachsen-Dreieck zu einer Metropolregion Mitteldeutschland	I0271/05
9.7	Spielplatzpaten	I0281/05

9.8 Touristisches Orientierungs- und Leitsystem für Fußgänger in Magdeburg I0295/05

Nichtöffentliche Sitzung

10 Beschlussfassung durch den Stadtrat

10.1 Weitere Vermarktung und Bewirtschaftung Rennwiesenareal DS0441/05  
BE: Bürgermeister

10.2 "Gesellschaftsrechtliche Handlungen bei der KID GmbH" DS0473/05  
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

10.3 Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt DS0312/05  
BE: Bürgermeister  
WV v. 01.09.2005

10.3.1 Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt DS0312/05/  
1

10.4 Prüfbericht des Landesrechnungshofes LSA DS0458/05  
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

10.5 Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt über die überörtliche Prüfung DS0347/05  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung  
WV v. 01.09.05

## Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 22. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	48	”	”
maximal anwesend	54	“	“
entschuldigt	3	“	“

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bittet darum zu entscheiden, ob der Inhalt des Antrages A0182/05 identisch mit dem in der Stadtratssitzung am 29.09.2005 abgelehnten Antrag A0066/05 ist oder ob er gemäß § 6 Abs. 2 GO SR in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt werden soll.

Der Stadtrat **beschließt** mit 26 Ja-, 22 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antrag A0182/05 wird auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 01.12.2005 gesetzt.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Verwaltungsausschuss, die Drucksache DS0447/05 (nichtöffentlich ausgereicht) öffentlich unter dem TOP 6.16 zu beraten.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bittet darum, den TOP 8.20 – A0184/05 zu Beginn des TOP 8 zu beraten.

Stadträtin Canehl, SPD-Fraktion, meldet zum TOP 9.8 – I0295/05 im Namen seiner Fraktion Diskussionsbedarf an.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, meldet zum TOP 9.1 – I0217/05 ebenfalls Diskussionbedarf an.

Der TOP 10.2 - DS0473/05 muss auf der heutigen Stadtratssitzung beraten werden.

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig **beschlossen**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 20.(IV)/21.(IV)  
Sitzungen vom 29.09./04.10.05
- 

### **Beschlussprotokoll der 15. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 13.06.2005**

#### **Hinweis:**

Im Nachgang der Bestätigung des Beschlussprotokolls der 15. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 13.06.2005 wurde festgestellt, dass aufgrund eines Eingabefehlers der falsche Beschlusstext zum Antrag A0090/05 im Protokoll aufgenommen wurde. Deshalb macht sich eine erneute Bestätigung des Beschlussprotokolls mit folgender redaktioneller Änderung erforderlich:

#### **Redaktionelle Änderung der Verwaltung:**

Auf der Seite 12 muss der Beschlusstext unter TOP 10.7 richtig heißen:

Beschluss-Nr. 519-15(IV)05

Der Rechtsstreit beim Verwaltungsgericht Magdeburg zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und dem Landesverwaltungsamt (Aktenzeichen 9 A 135/04 MD) wird beendet.

### **Beschlussprotokoll der 20. (IV) Sitzung des Stadtrates am 29.09.2005**

#### **Redaktionelle Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Auf der Seite 14 muss nach dem Absatz der redaktionellen Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS folgendes eingefügt werden:

#### **Hinweis der Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Auf der Seite 27 soll es im 6. Absatz richtig heißen:

Ergänzende **Bemerkungen** der Vorsitzenden des Kulturausschusses, Frau Meinecke:

Auf der Seite 34 muss es im 1. Absatz unter TOP 6.1 richtig heißen:

Die Stadträte Stern, CDU-Fraktion und **Giefers**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,....

Auf der Seite 37 ist als 5. Absatz einzufügen:

**Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, welches konkret die strategischen Zielstellungen, die mit dieser Drucksache beschlossen werden sollen, sind und wo diese in der Drucksache zu finden sind.**

#### **Redaktionelle Änderung der Verwaltung:**

Auf der Seite 64 muss es unter TOP 8.19 ab dem 2. Absatz richtig heißen:

Der **Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung Herr Platz** informiert, dass die Hinweistafel bereits angefertigt wird.

Im Ergebnis der Ausführungen des **Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung Herr Platz** zieht Stadträtin Bork, Fraktion Die Linkspartei.PDS, den Antrag A0161/05 zurück.

#### **Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:**

Auf der Seite 28 müssen in der Überschrift unter 5.17 die Wörter: **Die Linkspartei.PDS** gestrichen werden.

Auf der Seite 35 muss das Abstimmungsergebnis unter TOP 6.2 wie folgt lauten:

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei **zahlreichen** Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Auf der Seite 46 muss es im 3. Absatz von unten richtig heißen:

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, **CDU-Fraktion**, beschließt .....

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 20. (IV) Sitzung des Stadtrates am 29.09.2005 wird einstimmig **bestätigt**.

**Beschlussprotokoll der 21. (IV) Sitzung des Stadtrates am 04.10.2005**

## **Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion Die Linkspartei.PDS**

Auf der Seite 22 muss es unter TOP 10.8 im 1. Absatz, 3. Zeile richtig heißen:

.....sondern gegen **die Rücknahme der Parkraum GmbH in die Stadtverwaltung** richtet.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 21. (IV) Sitzung des Stadtrates am 04.10.2005 wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung
- 

### 5.1 Schriftliche Anfrage (F0277/05) des Stadtrates Dr. Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS:

Streichung von Zuschüssen für Hartz IV

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie den Medien zu entnehmen war, verlangt die Bundesregierung von den Kommunen Zuschüsse für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen in Milliardenhöhe zurück. So soll nach Beschluss des Bundeskabinetts vom 05. Oktober 2005 der bisherige Bundesanteil von 29,1 % rückwirkend zum 01. Januar 2005 gestrichen werden. Damit drohen den Kommunen Rückforderungen in Höhe von ca. drei Milliarden Euro.

Minister Clement begründete das damit, dass Kommunen durch Kosten für Unterkunft und Heizung für die Bezieher von ALG II deutlich geringer als erwartet belastet würden.

Die Fraktion Die Linkspartei.PDS konnte aus Ihrer Presseinformation zur Kenntnis nehmen, dass Sie, wie der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Uhde, diese Rückzahlung durch Daten und Fakten untersetzt, ebenfalls ablehnen.

Die Fraktion fragt Sie, Herr Oberbürgermeister,

1. Wie stellt sich die Finanzierungssituation konkret in Magdeburg dar?
2. Wie können sich die Regierungsbeschlüsse konkret auf die Haushaltslage 2005, die Haushaltsplanung 2006, die Umsetzung der Unterkunftsrichtlinie und vor allem die Situation der über 20000 Bedarfsgemeinschaften in Magdeburg auswirken?
3. Welche Schritte haben Sie bereits unternommen bzw. wollen Sie noch unternehmen, um Schaden von der Landeshauptstadt und den betroffenen Magdeburgerinnen und Magdeburgern abzuwenden?
4. Wie gedenken Sie den Stadtrat in Initiativen zur Rücknahme der Entscheidung der Bundesregierung einzubeziehen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zunächst einmal ist die Situation von Magdeburg relativ eindeutig zu beschreiben. Wir brauchen nur in den Haushaltsplan zu schauen und sehen, was wir bei Hartz IV eingeplant haben. Wenn das so kommen sollte, wie von der Bundesregierung beschlossen, bedeutet das für uns rund 30 Millionen. Das würde das Haushaltsjahr 2005 betreffen. Das heißt, wir hätten 30 Millionen zusätzliches Defizit im Jahre 2005. In den nächsten Jahren wird es größer, weil die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steigt. Um es kurz und drastisch zu sagen, es wäre für den Stadthaushalt eine ganz dramatische Entscheidung und Entwicklung. Wir haben darauf reagiert. Der Städtetag lehnt dies konsequent ab. Noch hoffen wir, dass wir das abwenden können. Für den Fall, dass es wie geplant umgesetzt wird, haben wir keine Lösung, wie man das bewältigen kann. Wir können 30 Millionen nicht einsparen. Es ist einfach undenkbar, das zu machen. Mehr ist dazu im Moment nicht zu sagen.

#### 5.2 Schriftliche Anfrage F0293/05 des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion:

Festplatz am Neustädter See

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Rahmen einer Bürgersprechstunde wendeten sich einige Bewohner des Stadtteils Neustädter See an die CDU-Ratsfraktion bzgl. des Zustandes des sogenannten Festplatzes in der Nähe der 16-Geschosser. Kritisiert wurde insbesondere der Zustand der Gehwege im Umfeld des Festplatzes sowie fehlende Sitzgelegenheiten für Bürgerinnen und Bürger.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Sind der Stadtverwaltung diese Problemstellungen bekannt?
2. Gibt es von Seiten der Stadtverwaltung Planungen bzw. konkrete Vorhaben zur Sanierung/Qualifizierung des oben bezeichneten Gebiets?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Natürlich, Herr Stadtrat Stern, ist der sanierungsbedürftige Zustand des sogenannten Festplatzes der Verwaltung bekannt. Bereits bei der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes wurde dieser städtebauliche Missstand definiert. Und wenn man aus der Erkenntnis heraus überlegt, was ist denn zu tun und zu handeln, haben wir das Programm Soziale Stadt für dieses Gebiet aufgestellt bzw. Forderungen dafür entgegengenommen. Wir haben den Neustädter Platz einschließlich des Springbrunnens schon saniert, der sich dort befindet. Wir hatten auch vor, als nächstes größeres Vorhaben, diesen Festplatz mit in das Programm aufzunehmen. Das Land hat jedoch die Förderung in diesem Programm Soziale Stadt für die nächsten Jahre ausgesetzt, sodass uns dafür finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen. Wir wissen im Moment nicht, wann das Förderprogramm fortgesetzt wird, würden aber dann sofort mit der Realisierung dieser Maßnahmen beginnen. Es ist in der Tat der nächste Schwerpunkt in diesem Gebiet.

### 5.3 Schriftliche Anfrage (F0283/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion:

Einwohnerbefragung "Innerstädtische Wohnmobilität"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Pressemitteilung der Landeshauptstadt vom 27. September 2005 wurde unter der Überschrift "Stadtplaner starten Umfrage zum Umzugsverhalten in Magdeburg" darüber informiert, dass in Magdeburg in den ersten beiden Oktoberwochen eine Einwohnerbefragung zum Thema "Innerstädtische Wohnmobilität" stattfindet, die durch die Technische Universität Dresden mit dem Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg durchgeführt wird.

Ich frage und bitte um eine kurze mündliche und ggf. ausführliche schriftliche Antwort:

1. Welche Gründe liegen vor, eine solche Befragung durchzuführen?
2. Welche Kosten sind mit der Befragung verbunden?
3. Welche konkreten Ergebnisse werden von der Stadt erwartet?
4. Werden die Ergebnisse der Untersuchung, die laut Pressemitteilung im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen und als Grundlage für die künftige Stadtentwicklungspolitik dienen sollen, zeitnah auch den Stadträten zugänglich gemacht, damit sie als Baustein einer umfassenden Zukunftsdiskussion durch den Stadtrat in Magdeburg dienen können?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Der Lehrstuhl Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeographie der TU Dresden hat sich Anfang des Jahres an das Stadtplanungsamt gewandt, eine derartige Befragung zur innerstädtischen Wohnmobilität durchzuführen. Ich werde das noch umfassend schriftlich beantworten. Ich will jetzt nicht alles vorlesen, aber feststeht, dass wir die Sache unterstützen wollen und somit Zahlen

erwarten. Es wurden empirische Analysen zur Wohnungsmarktsituation und zur Mobilität in Aussicht gestellt. Die ganze Sache kostet insgesamt 4.800 Euro, die wir aus dem Stadumbauprogramm Öffentlichkeitsarbeit finanzieren wollen. Davon ist 1/3 der städtische Anteil. Diese Unterlagen werden allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben und es wird ebenso eine entsprechende Veröffentlichung im April 2006 als Abschlussbericht vorliegen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 5.4 Schriftliche Anfrage (F0298/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion:

Schiffshebewerk Rothensee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Volksstimme vom 29.10.2005 sowie vom 2. 11. 2005 war zu entnehmen, dass das Bundesverkehrsministerium das Schiffshebewerk Rothensee zum 31. Dezember 2005 stilllegt. Angesichts dieser jüngsten Entwicklungen frage ich und bitte um eine mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Antwort:

1. Welche Perspektive für das Schiffshebewerk Rothensee sehen Sie nach dieser Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um wenigstens den saisonalen Weiterbetrieb des Schiffshebewerkes zu erreichen?
3. Wie werden Sie das vom Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (siehe Volksstimme vom 2. 11. 05) angekündigte gemeinsame Vorgehen befördern und unterstützen?

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Das Thema Schiffshebewerk beschäftigt uns schon seit längerer Zeit, seitdem bekannt ist, dass es Pläne des Bundes gibt, über die Perspektive des Schiffshebewerkes nachzudenken. Der Kontakt zu den Verwaltungseinheiten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion hat immer bestanden. Der Oberbürgermeister hat am 11. Juli diesen Jahres den Verkehrsminister mit der Bitte angeschrieben, bei der Variantenuntersuchung die finanzielle Untersetzung zu prüfen. Die Bitte des Oberbürgermeisters war es, ehe eine Entscheidung gefällt wird, sich noch einmal zusammzusetzen und zu überlegen, gibt es Möglichkeiten, auch mit regionalen Ressourcen einen Weiterbetrieb, in welcher Form auch immer zu ermöglichen. Die entsprechenden Zahlen liegen uns seit gestern vor. Insofern war es überraschend, dass nun in der Zeitung über die Stilllegung berichtet wird. Nach Rückkopplung mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion ist im Moment die Zielrichtung des Bundes 2009/2010 tatsächlich bauliche Veränderungen vorzunehmen. Das heißt also, es wird jetzt in den nächsten Wochen, Monaten oder in den nächsten Jahren keine entsprechenden baulichen Veränderungen geben, die eine Außerbetriebnahme dauerhaft festlegen würden. Für das Jahr 2006 braucht die Wasser- und Schifffahrtsdirektion das Schiffshebewerk noch einmal. Da gibt es eine Inspektion der Schleuse, sodass also das Szenario ist, 2006 würde es zumindest für einen begrenzten Zeitraum nochmal in

Betrieb genommen. 2007, 2008 wahrscheinlich bis 2009 werden die baulichen Vorbereitungen getroffen, die Ausschreibungen, die entsprechende HU Bau fertiggestellt und dann sollte es so sein, dass es dauerhaft festgelegt wird. Uns hat die Wasser- und Schifffahrtsdirektion avisiert, dass sie für entsprechende Gespräche bereit steht. Wir müssen jetzt die Zahlen aufbereiten und die würden wir Ihnen natürlich auch zur Verfügung stellen.

#### 5.5 Schriftliche Anfrage (F0288/05) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

##### Überwachung der Schulpflicht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir gehen davon aus, dass Ihnen die Meldungen über den Tod der kleinen Jessica im März in Hamburg – das Mädchen war unentdeckt in der elterlichen Wohnung verhungert – nicht unbekannt sind.

Im "Spiegel" der Ausgabe Nr. 43/05 (siehe Anlage) wird dargestellt, dass insbesondere in den größeren Städten unseres Landes die Frage von nicht angemeldeten schulpflichtigen Kindern höchst unterschiedlich behandelt wird.

Zitat: "Das Credo der Bürokraten in vielen Städten formuliert ein Berliner Verwaltungsbeamter so: Irgend-wann erledigt sich das von selbst".

In der Annahme, dass es auch in Magdeburg Fälle von nicht angemeldeten Schulanfängern geben wird, möchten wir gerne von Ihnen wissen:

#### **Wie wird in unserer Stadt abgesichert, dass schulpflichtige Kinder rechtzeitig angemeldet werden und zur Einschulung auch erscheinen ?**

Sofern solche angenommenen Fälle in Magdeburg überhaupt nicht auftreten, hat sich unsere Anfrage natürlich erledigt.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Dieser tragische Fall ist auch mir bekannt. Zu der Magdeburger Verfahrensweise kann ich Ihnen Folgendes sagen. Es gilt zunächst der Grundsatz, dass jeder sein Kind an der Schule des jeweiligen Schulbezirkes anzumelden hat, unabhängig davon, ob es sich um eine Schule in freier Trägerschaft handelt oder nicht. So liegt also jedem Schulsekretariat eine vollständige Liste der im Schulbezirk der Schule wohnenden Einschüler vor, und die Schule registriert alle Kinder, die jeweils bis zum 31. März eines jeden Jahres zur Einschulung im darauffolgenden Jahr angemeldet werden müssen. Kommen Erziehungsberechtigte dieser Anmeldepflicht nicht nach, werden sie zunächst von der Schule angeschrieben und auf ihre Pflicht zur Anmeldung hingewiesen. Erfolgt dann noch immer keine Reaktion, informiert die Schule den Schulträger. Der Schulträger überprüft mit Hilfe des Einwohnermeldeamtes, ob die Familie verzogen ist. Wenn ja, wird das Kind der neuen Schule zugeordnet. In besonderen Einzelfällen beauftragt der Schulträger den Stadtordnungsdienst des Ordnungsamtes, der die Familie dann persönlich aufsucht und zur Anmeldung des Kindes auffordert. Durch diese Verfahrensweise ist aus unserer Sicht sichergestellt, dass alle schulpflichtigen Kinder auch zur Einschulung erscheinen.

### **Ergänzende Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:**

Es ist natürlich ein Thema, was auch in der Jugendhilfe einen Schwerpunkt bildet. Wir haben ja vor Ort die Sozialzentren, die eine beratende Arbeit auch gerade in Familien machen, wo das Kindeswohl unter Umständen gefährdet sein kann. Pro Woche gehen etwa 5 Informationen ein aus dem Umfeld von Familien, wo die Vermutung oder der Verdacht besteht, dass Kinder dort nicht gut aufgehoben sind und diesen wird natürlich dann auch sofort nachgegangen. Wir haben gegenwärtig – ich will das nur ergänzen, weil das Thema in der Tat ja ein sehr wichtiges ist – 230 Kinder, die in Kinderheimen untergebracht sind, 280 weitere Kinder leben zurzeit in anderen Familien und wir haben 70 Familien, wo Sozialarbeiterinnen ca. 10 bis 20 Wochenstunden sich bei den Familien aufhalten und dort mit den Eltern und den Kindern arbeiten, mit ganz einfachen Dingen, wie Aufstehen, Essen, Sauberkeit, Tagesstrukturierung. Mit der Änderung des SGB VIII, die jetzt zum 1. Oktober in Kraft getreten ist, ist es jetzt auch für die freien Träger in den KiTas verpflichtend, dass sie Kindeswohlgefährdung dem Jugendamt melden. Insofern ist das Bemühen in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt auch mit dem Schulverwaltungsamt natürlich groß, hier seitens der Verwaltung alles zu tun, damit solche Fälle nicht eintreten. Ganz verhindern wird man es, glaube ich, nie können.

#### 5.6 Schriftliche Anfrage (F0294/05) des Stadtrates Stage, Fraktion future! – die jugendpartei

Antrag A0182/04 – Verbesserung der Internetseiten des Jugendamtes

Am 13.01.2005 hat der Stadtrat den Antrag A0182/04 - Verbesserung der Internetseiten des Jugendamtes - mehrheitlich beschlossen.

Demnach sollte die Verwaltung bis spätestens Juli 2005 die Internetseiten des Jugendamtes auf [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) im Sinne eines Portals für Kinder, Jugendliche und Familien verbessern. Bislang ist immer noch dieselbe Baustelle zu sehen, wie vor einem Jahr.

Daher fragen wir an, warum es bislang nicht zu einer Umsetzung gekommen ist und wann diese nun durchgeführt wird.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Sie haben die Antwort eigentlich schon in Ihrer Frage verpackt. Mit dem Relaunch der Internetpräsentation der Stadt insgesamt wird auch der neue Internetauftritt des Jugendamtes präsentiert. Es ist noch nicht alles komplett fertig, aber die Inhalte stehen weitestgehend, sodass ich davon ausgehe, Ende des Jahres wird der Auftrag erledigt sein.

5.7 Schriftliche Anfrage (F0281/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz:

Fördermittel ab 2008 für den Elbauenpark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gibt es seitens der Verwaltung bereits Vorstellungen bzw. Überlegungen, wie der Elbauenpark nach Auslaufen der Sperrfrist wegen der Ausreichungen von Fördermitteln ab 2008 weiterbetrieben werden soll?

Wir bitten um eine kurze mündliche bzw. bei positiver Bejahung um eine schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Zum ersten Teil Ihrer Anfrage. Zunächst eine kleine Korrektur. Die Bindefrist der der Fördermittel läuft nicht 2008 aus, sondern 2010 bzw. 2015. 2015 betreffen die Objekte, für die erst im Jahr 2000 die Fördermittel gewährt worden sind, also Seebühnendach, Schmetterlingshaus etc.. Ich denke, es ist zunächst eine Angelegenheit des Gesellschafters der Landeshauptstadt Magdeburg und des Aufsichtsrates, die sich hiermit zu befassen haben. Wie Sie wissen, bin ich Aufsichtsratsvorsitzender und wir werden das in einer der Aufsichtsratssitzungen diskutieren.

5.8 Schriftliche Anfrage (F0282/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz:

Aussichtsturm im Stadtpark Rotehorn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

offensichtlich sind bei den Arbeiten am Aussichtsturm im Stadtpark Rotehorn weitere Verzögerungen eingetreten.

Wir fragen deshalb erneut an:

- Wie ist der gegenwärtige Bearbeitungsstand und
- welche Finanzierungswüchse sind zu erwarten?

Wir bitten um eine mündliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper:

Zum Aussichtsturm, da gab es letzten Samstag eine Besteigung in Anwesenheit von Stadträten, Herr Westphal sowie Herr Kilian waren auch mit dabei, wir haben uns den Zustand vor Ort angeschaut. Von größeren Bauverzögerungen war keine Rede. Es gab Probleme, die gelöst wurden an dem Tag. Die Bauarbeiten werden weitergehen, ob das terminlich alles eingehalten wird, das kann ich heute noch nicht versprechen. Das weiß ich nicht, weil ich nicht jeden Tag auf der Baustelle bin. Finanzierungsaufwüchse sind mir nicht vorgetragen worden. Ob die noch kommen, weiß ich nicht, aber im Moment ist davon keine Rede gewesen.

5.9 Schriftliche Anfrage (F0289/05) des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS:

Behindertenparkplatz und Barrierefreiheit am/im Schauspielhaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor wenigen Wochen konnten die ehemaligen *Kammerspiele* nach erfolgter Sanierung als Schauspielhaus des *theaters magdeburg* wieder neueröffnet werden. Künstler wie Publikum gleichermaßen haben mit Spannung darauf gewartet und sind nicht enttäuscht worden. Einen Wermutstropfen allerdings stellt der bislang de facto nicht vorhandene Behindertenparkplatz dar. Eine Ausschilderung sucht man vergebens. Abgesehen davon, dass aufgrund der schwierigen baulichen Gegebenheiten ein Zugang für Rollstuhlfahrer ohnehin nur mittels Klingelknopf über den Hof – dann allerdings per Aufzug – möglich ist, fehlen entsprechende Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe. Erst auf Nachfrage wurde mir seitens des Theaters mitgeteilt, dass sich eigens dafür auf dem Hof des Hauses zwei Stellplätze befänden. Ein Vorortbesuch brachte jedoch zu Tage, dass auch diese in keiner Weise gekennzeichnet sind und wohl eher zum Abstellen anderer Fahrzeuge verwendet werden, noch dazu die Einfahrt zu Vorstellungszeiten ohnehin durch Poller bzw. Gittertür verschlossen scheint und somit also fraglich bleibt, wer denn eigentlich wie diese Plätze überhaupt kennen und nutzen kann?!

Ich frage daher Sie, Herr Oberbürgermeister:

Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um diesem unhaltbaren Zustand kurzfristig Abhilfe zu verschaffen und gerade auch potentiellen Besucherinnen und Besuchern mit Behinderung durch Ausweisung von Parkflächen und eine entsprechende optimale Ausschilderung derselben eine bessere Orientierung zu geben? Wie läuft der Theaterbesuch einer Rollstuhlfahrerin/eines Rollstuhlfahrers gemeinhin ab, gelangt sie/er vom Eingang bis zum Zuschauerraum (einschl. Nutzung der gastronomischen wie auch der sanitären Anlagen)? Ist der Behindertenaufzug nur in Begleitung des Personals oder auch durch die betroffene Person allein nutzbar? Wie ist die Nutzung des Schauspielhauses durch eventuell behinderte Mitarbeiter/innen gewährleistet?

Des Weiteren bitte ich in diesem Zusammenhang darüber nachzudenken, wie das Schauspielhaus des *theater magdeburg*, das sich nun einmal an einem anderen Standort als das Opernhaus, welches immerhin verkehrlich ausgeschildert ist, befindet, generell besser bzw. überhaupt in das Informationssystem der Stadt eingebunden werden kann.

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich kann eine ganze Menge dazu sagen. Allerdings ist es sinnvoll, dass nochmal intensiver zu betrachten, weil ich es im Moment auch nur von der theoretischen Zuarbeit kenne. Feststeht, dass das Konzept, was da erarbeitet worden ist, mit dem Behindertenbeauftragten abgestimmt ist und auf der Grundlage des bisherigen früheren Konzeptes basiert und dass dort zwei Stellplätze für die Behinderten festgelegt sind. Der Ablauf ist so: die Anmeldung des Behinderten im Rollstuhl erfolgt mittels Rufmöglichkeit am Eingang oder an der Zufahrt. Das Signal geht an den Pförtner. Das Personal des Theaters holt den Behinderten ab und geleitet ihn durch das Haus und lässt ihn auch wieder hinaus. Der Transport innerhalb des Hauses erfolgt über den Behindertenaufzug. Parkmöglichkeit besteht für 2 PKW im Innenhof. Das Freihalten der Stellplätze muss durch das Theater abgesichert werden. Und das ist offensichtlich auch Ihre Kritik und auch Ihre Kritik ist die mangelnde Information durch eine entsprechende Beschilderung. Das letztere im Besonderen werde ich nochmal aufgreifen, damit auch jeder Behinderte weiß, wo er sich hinwenden hat. Theoretisch scheint mir das gelöst zu sein, aber praktisch ist eben der einfachste Anlaufpunkt nicht klar ersichtlich und da werden wir entsprechend regulieren.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 5.10 Schriftliche Anfrage (F0291/05) des Stadtrates Kilian, CDU-Fraktion:

Zukunft des ehemaligen Bahnhofsgebäudes am Schleinufer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

an die CDU-Ratsfraktion wendeten sich Bürger mit der Problematik des jetzigen Zustandes des ehemaligen Bahnggebäudes am Magdeburger Schleinufer, welches zur Musicalakademie ausgebaut werden sollte. Die Zukunft dieses Objektes wurde in jüngster Vergangenheit auch wieder in der Presse thematisiert.

Besonders in der Bürgerkritik steht der halbsanierte Zustand des Gebäudes und das offensichtliche Fehlen jeder weiteren Bautätigkeit, um die begonnene Sanierung abzuschließen. Des Weiteren wird das Objekt zunehmend als Schlafstätte durch Obdachlose und willkommene Flächen für illegale Verschmutzungen genutzt.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Informationsstand zu dem oben beschriebenen Objekt?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, an einem städtebaulich zu wertvollen Platz für eine entsprechende Nutzung zu sorgen?
3. Hat die Stadtverwaltung die Verantwortlichen darauf hingewiesen, für eine entsprechende Sicherung des Gebäudes gegen Fremdnutzung zu sorgen?

Neben einer mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Das Gebäude der Reichsbahndirektion am Schleinufer macht uns auch Kopfschmerzen. Gleichwohl gehört das Gebäude der Bundesbahnverwaltung, demnach ist es Bundesvermögen. Das Projekt der Akademie der darstellenden Künste, das wir mit unterstützen wollten ist leider durch Insolvenz gescheitert. Der gegenwärtige Verwalter ist eine Firma Wiwiko, die im Auftrage des Bundes versuchen soll, dieses Objekt zu vermarkten. Es ist auch die verwaltende Firma, die zuständig ist für die Ordnung und Sicherheit in dem Objekt. Unser Bauordnungsamt, unsere Bauaufsichtsbehörde, hat sich auch an diese Behörde gewandt mit der dringenden Aufforderung, das Objekt entsprechend zu sichern. Man sieht es ja auch, zur Straße hin sind die Gerüste geblieben. Man versucht dort eine entsprechende Absicherung zu erreichen. Die betreffenden Grundstücke sind wieder in unserem Eigentum. Wir haben diese zurückgeführt. Wir haben die Gelegenheit genutzt, diese Grundstücke umzubauen, aufgrund des akuten Parkplatzmangels, um dort einen entsprechenden Stellplatz zu errichten. Ich denke, das ist eine ganz gute Lösung. Wir müssen jetzt warten, ob es der Firma Wiwiko gelingt, eine entsprechende Vermarktung zu erreichen. Das dürfte allerdings schwierig sein, weil bekanntlich natürlich entsprechende Grundbuchlasten auf dem Grundstück lasten.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Ich will nur eine kleine Ergänzung geben. Ich habe schon mal über das Thema in Folge einer anderen Anfrage berichtet. Da gab es mal die Intention, dass das Land das Gebäude nutzen wollte. Wir haben uns bereiterklärt, dies kann man nachlesen in der Frage unserer Stadtumbauaufwertungsmittel. Da ist jetzt Geld zur Verfügung zu stellen. Das hat sich inzwischen erledigt. Aber das wäre ein Beitrag von uns gewesen. Im Moment sehen wir keine Handlungsmöglichkeit, als Stadt dort für eine Nutzung zu sorgen.

#### 5.11 Schriftliche Anfrage (F0284/05) der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion:

Parkplatzsituation Gebiet Domplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch die Fertigstellung des Hundertwasserhauses, die ausstehenden Parkplatzlösungen für den Landtag und den bevorstehenden Umbau der Hauptpost zum Justizzentrum ist begründet zu vermuten, dass die Parkplatzsituation im weiteren Umkreis um den Domplatz (zwischen Otto-von-Guericke-Straße und Breitem Weg) über kurz oder lang als kritisch einzuschätzen ist.

Ich frage daher und bitte um eine kurze mündliche und ggf. ausführliche schriftliche Stellungnahme:

1. Welche Konzepte liegen vor oder werden erarbeitet, um der zu erwartenden Parkplatzsituation zu begegnen?
2. Welche Maßnahmen werden getroffen, damit nicht nur für die Bediensteten der anliegenden Verwaltungen Parkraum vorgehalten wird, sondern auch für die Bürger, die einem Anliegen nachgehen, und die Gäste der Stadt?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Vielleicht zur ersten Situation Parklage Domplatz. Sie haben das hier richtig festgestellt, Frau Stadträtin Paque, die städtebauliche Gestaltung des Domplatzes ist beinahe abgeschlossen. Wir werden uns jetzt noch mit dem Justizzentrum zu befassen haben. Es gibt für die Gestaltung rings um das Justizzentrum einen städtebaulichen Wettbewerb, wo wir versuchen wollen, die Probleme des Parkens zu lösen. Allerdings muss man jetzt schon erkennen und das wird auch der Betreiber so sehen, dass das nicht abgeht, ohne Flächen im Bereich der Bahnhofstraße entsprechend zu nutzen, die gegenwärtig der Deutschen Bahn gehören, durch ein geeignetes Parkhaus. Der Wettbewerb wird das entsprechend bringen. Es ist Ende November dazu eine entsprechende Auswertung und dann werden wir dazu eine Lösung haben. Ansonsten orientieren wir uns an dem Verkehrskonzept Innenstadt, welches der Stadtrat hier beschlossen hat. Auf dieser Grundlage haben wir eine ganze Reihe von Parkmöglichkeiten eruiert und auch durchgeführt, Anwohnerparken, dynamisches Parkleitsystem, Erweiterung der Einstellplätze durch z. B. Bau der Tiefgarage Friedensplatz, und anderes mehr. Und wir haben die entsprechenden Möglichkeiten genutzt, um die Bewirtschaftung der Parkplätze herzustellen. Insgesamt haben wir im Bereich des Tiefbauamtes 431 Stellplätze in diesem Gebiet Domplatz und dem Umfeld zu verzeichnen, die alle mit zwei Stunden ausgewiesen sind und wo eine entsprechende Sicherung erreicht ist, dass nicht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort den ganzen Tag lang stehen werden, sondern dass es für die Bürgerinnen und Bürger ist. Dazu kommen 2.765 Stellplätze in entsprechenden Tiefgaragen. Es gibt keine Flächen mehr, das muss ich so eindeutig sagen, die im Eigentum der Stadt sind und die nicht von uns bewirtschaftet sind mit entsprechenden Parkscheinautomaten. Wir sind eigentlich der Auffassung, dass wir da auf einem guten Weg sind und möglicherweise auch bald eine entsprechende Vereinbarung abschließen können, damit hier der Parkdruck etwas gelindert wird. So ist der Stand der Dinge. Ich glaube, mehr kann aus der Sicht der Verwaltung gegenwärtig im Bereich Domplatz nicht gemacht werden.

#### 5.12 Schriftliche Anfrage (F0285/05) der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion:

Parkplatzsituation an der Sternbrücke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

soweit ich informiert bin, wurde der geräumige Parkplatz an der Sternbrücke angelegt, um den Autoverkehr von Freizeitsportlern, Spaziergängern u.a. aus dem Stadtpark fernzuhalten bzw. Nutzern aus dem westelbischen Raum eine bequemere Anbindung an das Freizeitangebot des Stadtparks zu bieten.

Ich besuche täglich beide Parks und nutze dabei den Parkplatz an der Sternbrücke. Dabei fällt mir auf, daß dort regelmäßig nur noch einige wenige Abstellmöglichkeiten zur Verfügung stehen, weil die Fläche von frühmorgens bis in die späten Nachmittagsstunden von Berufsparkern besetzt wird und Parkmöglichkeiten daher nur zum sehr geringen Teil für die Nutzer bereit stehen, für die sie eigentlich gedacht sind.

1. Welche Maßnahmen können angewendet werden, um dieser Situation - etwa durch befristetes Parken o.ä.- zu begegnen? Sind solche Maßnahmen vorgesehen?
2. Wann wird die Fläche asphaltiert, bzw. wann werden zumindest die zahlreichen Schlaglöcher ausgebessert? Der bereits gefährlich tief ausgefahrene Einfahrtsbereich bedarf dringend einer Aufschüttung.

Ich bitte um eine kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Parkplatz Sternbrücke: Die gute Nachricht zuerst. Was wir machen werden und vielleicht bereits bis Morgen, spätestens Anfang der nächsten Woche, ist die Verfüllung der Schlaglöcher auf der vorhandenen Parkplatzfläche und auch noch mal die Einfahrtsituation soll bituminös befestigt werden, damit man dort draufkommt. Wir werden die Fläche allerdings nicht in der Gesamtheit bituminös befestigen, weil das kein Dauerparkplatz sein wird. Wir errichten ja den Parkplatz im Bereich des ehemaligen Elbbahnhof und auch aus denkmalrechtlichen Gründen wird diese gegenwärtige Fläche dauerhaft etwa ab Mai/Juni 2006 nicht mehr zum Parken zur Verfügung stehen. Wir haben ja bestimmte Parkplätze, wo für 24 Stunden drei Euro zu bezahlen sind, wie beispielsweise in der Listemannstraße. Das wäre eine Variante, die wir hier gerne diskutieren wollen. Die Verantwortlichen des Tiefbauamtes sind sehr dafür. Die Verkehrsplaner sind noch etwas dagegen. Aber ich glaube, in dieser Art und Weise werden wir es auf jeden Fall nicht als Nulllösung machen, denn ich habe festgestellt, dass sich dort aus den anliegenden Einrichtungen, Betrieben usw. sehr viele hinstellen. Das es so ist, wie Sie es definieren, kann ich im Moment nicht bestätigen, weil ich dort nicht so oft hinkomme. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass Sie das entsprechend objektiv bewertet haben, Frau Paqué. Wir würden also sagen, an der Bewirtschaftung wird gearbeitet und in dieser ähnlichen Art und Weise werden wir einen Vorschlag entsprechend unterbreiten.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Ich will zu der ersten Frage noch mal ergänzen. Wir haben ja mal über das Thema Parkhaus Friedensplatz auch hier im Stadtrat gestritten. Und da war die Meinung, es wäre Quatsch, das zu bauen, weil der Bedarf gar nicht da ist. Ich war am Sonntagmittag in der Innenstadt und siehe da, durch das Hundertwasserhaus ist dort kaum ein Parkplatz zu kriegen. Das finde ich erst mal gut. Vielleicht ergibt sich noch eine Wirtschaftlichkeit für das Parkhaus, das der Landtag bauen wollte. Da ist noch ein Platz, den man noch nehmen könnte. Sonst gibt es im Umfeld keine weiteren Flächen mehr, die wir noch anbieten können, aber da ist noch eine Chance.

5.13 Schriftliche Anfrage (F0279/05) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Rechte Schulhof-CD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor einigen Tagen wurde an mindestens 3 bekannten Schulen erneut die bereits bekannte Schulhof-CD (“Anpassung ist Feigheit”) aus der rechten Szene verteilt. Auf der Rückseite der CD hat sich für die Verteilung der CD eindeutig die Kameradschaft Festungsstadt bekannt. Ein Stempel der Kameradschaft ist auf der Rückseite. Die CD ist nach wie vor verboten, weil sie verfassungsfeindlich ist, nicht zuletzt wegen der kriegs- und gewaltverherrlichenden Texte. Folgende Schulen sind nach unserer Kenntnis betroffen: IGS am Neustädter See, die Wilhelm-Busch-Schule und die Willi-Brandt-Schule. Außerdem wurde sie auf mehreren Spielplätzen in den Stadtgebieten Neustadt und Nord verteilt.

Wir fragen deshalb an:

Ist dem Oberbürgermeister bzw. der Stadtverwaltung dieser Sachverhalt bekannt ?

Wenn ja, wie gedenkt die Stadt als Schulträger mit diesen Vorkommnissen umzugehen ?

**Welche Maßnahmen hält der Oberbürgermeister für sinnvoll und geeignet, um diesem Rechtsbruch konsequent entgegenzutreten ?**

Wir bitten um mündliche Beantwortung in der Stadtratssitzung am 03. 11.05 bzw. um schriftliche Beantwortung bereits vor der nächsten Stadtratssitzung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Es gab im Juli 2004 ein allgemein gehaltenes Schreiben des Landesverwaltungsamtes, Referat Hoheitsangelegenheiten, in dem allgemein deutschlandbezogen darauf hingewiesen wurde, dass solche CDs möglicherweise auf Schulhöfen vertrieben werden. Sie wissen, dass wir hier im engeren Sinne nicht die Hoheit über die Schulleitungen haben, aber wir haben soweit Einfluss genommen, dass wir dringend gebeten haben, dass die Schulleitungen über diesen Sachverhalt informiert werden, um hier auch vorbeugend oder aus etwaigem akutem Anlass wirksam zu werden. Sie wissen, dass der Schulleiter hier auch gemäß § 26 Schulgesetz LSA Hausrecht ausübt. Uns ist aber nicht bekannt, jetzt bezogen auf Magdeburg, dass es aktuelle Vorfälle dieser Art gegeben hat, zumindest wurden sie uns nicht gemeldet. Wir haben nochmal nachgefragt bei den Schulen, bei der Wilhelm-Busch-Schule und bei der IGS Willy Brandt. Hier wurde uns seitens der Schulleitung mitgeteilt, dass es keine Vorfälle gegeben habe. An der IGS „Regine Hildebrandt“ gab es im September diesen Jahres einen Vorfall, den ich jetzt nicht weiter im Detail ausführen möchte. Diesen Vorfall hat die Schulleitung beim Landesverwaltungsamt und der Polizei umgehend angezeigt. Die Polizei war auch vor Ort. Letzte Woche gab es einen anonymen Hinweis auch bezogen auf eine Schule. Diesem Hinweis ist die Polizei umgehend nachgegangen, ohne hier etwas Konkretes festgestellt zu haben. Das ist die Situation, wie sich mir und der Verwaltung darstellt.

5.14 Schriftliche Anfrage (F0286/05) der Stadträtin Kriese, Fraktion BfM/Tierschutz:

Richtlinie für Tagespflege nach § 6 KiFöG-LSA

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

kürzlich wurde die "Richtlinie für Tagespflege nach § 6 KiFöG - LSA" veröffentlicht und verursacht bei den bereits tätigen Tagesmüttern in der Landeshauptstadt Magdeburg erhebliche Verunsicherungen.

**Wir fragen Sie daher, ob diese Richtlinie auch auf die bestehenden Einrichtungen Anwendung findet oder nur für Neueinrichtungen zutrifft.**

Genießen bereits existierende Einrichtungen von Tagesmüttern Bestandsschutz oder sind diese, soweit sie nicht bereits umfassend der Richtlinie entsprechend, nachzurüsten?

Wir bitten vorab um eine mündliche, im Nachgang schriftliche Beantwortung.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Richtlinie ist hier vom Stadtrat zum 1. 9. in Kraft gesetzt worden und sie gilt eben für alle 21 Tagespflegestellen, die hier in der Stadt gegenwärtig betrieben werden. Es werden gegenwärtig die Gespräche geführt mit allen Tagesmüttern, wie die Anforderungen, die sich ja nicht nur auf die baulichen Anforderungen, wie beispielsweise Brandschutz, beziehen, sondern eben auch auf Qualitätsentwicklung in den Tagespflegeeinrichtungen, Anzeigepflichten u. ä. nach und nach erfüllt werden können. Das Jugendamt geht davon aus, dass bis Ende 2006 alle 21 Tagespflegestellen, es werden vielleicht auch noch welche dazu kommen, die Anforderungen, wie sie in der Richtlinie festgelegt sind, dann auch erfüllen.

5.15 Schriftliche Anfrage (F0299/05) des Stadtrates Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS:

4. Fußball-WM geistig behinderter Sportler vom 26.8. bis 16.9.06 in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
im Jahr der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006, zu der sich auch die Landeshauptstadt für die Durchführung von Trainingswettkämpfen bewirbt findet die 4. Fußballweltmeisterschaft geistig behinderter Sportler vom 26. August bis 16. September 2006 statt, welche im Land Sachsen-Anhalt ausgetragen wird.

Ich frage den Herrn Oberbürgermeister:

1. Hat sich die Landeshauptstadt Magdeburg als behindertenfreundliche Stadt für die Austragung dieser Weltmeisterschaft beworben?
2. Wenn ja, in welchem Umfang finden die Spiele in Arenen der Landeshauptstadt Magdeburg statt und welche Aktivitäten leistet die Stadt im Rahmen der Durchführung dieser Weltmeisterschaft?
3. Wenn nein, warum hat sich die Landeshauptstadt Magdeburg nicht als Austragungsstätte beworben?
4. Gibt es in Vorbereitung und Durchführung dieser Weltmeisterschaft konkrete Vorhaben bzw. Abstimmungen mit dem Stadt- sowie Landessportbund?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Es gab eine Beteiligung der Landesverbände der Lebenshilfe bzw. des Behinderten- und Rehabilitationssportes, die sich um die Ausrichtung beworben haben. Drei Bundesländer erhielten den Zuschlag, NRW, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Im Land Sachsen-Anhalt war besonders der Behindertensportverband und die Lebenshilfe engagiert. Herr Stark vom BSSA aus Salzwedel hat sich dabei hervorgetan und es ist ihm gelungen, für die Altmark drei Spielorte bestätigt zu bekommen. Das ist Osterburg, Ahrendsee und, soweit wir wissen, Klötze. Das WM-Büro Sachsen-Anhalt wird geleitet vom BSSA und der Lebenshilfe Sachsen-Anhalt. Eine offizielle Ausschreibung, wie für die Fußball WM, gab es nicht. Das ist, soweit wir wissen, über die Behindertenverbände gelaufen, also uns oder mir insoweit nicht bekannt. Ob die Magdeburger Behindertensportvereine davon Kenntnis hatten, konnte ich, weil diese Anfrage von Ihnen heute Vormittag erst ins Netz gestellt wurde, in den letzten Stunden nicht recherchieren. Wir haben noch keine Ansprechpartner so schnell finden können.

5.16 Schriftliche Anfrage (F0280/05) des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion:

Skulptur "Fünf Sinne"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Skulptur "Fünf Sinne" ist vor dem Rathaus zweimal umgefahren worden. Sicherlich ist dieses aus Versehen passiert. Meiner Ansicht nach ist die Angelegenheit ein Versicherungsfall, so dass Mittel zur Verfügung stehen müssten.

Daher meine Frage:

Wann wird die Skulpturengruppe "Fünf Sinne" von Heinrich Apel wieder aufgestellt?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Ich mache es ganz kurz, Herr Seifert, im November wird die Skulptur wieder aufgestellt.

5.17 Schriftliche Anfrage (F0587/05) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Leben an der Elbe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Magdeburg beteiligt sich erfreulicherweise mit dem Thema "Leben an und mit der Elbe" an der IBA, mit dem Ziel, die Stadt stärker mit dem Fluss zu verbinden.

Doch leider findet das Leben an der Elbe teilweise im Dunkeln statt. Die Beleuchtung an der Elbuferpromenade zwischen der Fußgängerbrücke am Gouvernementsberg und der Hubbrücke wird gar nicht erst eingeschaltet. Dieser Bereich bleibt für Fußgänger und Radfahrer im Dunkeln und somit abends nur eingeschränkt nutzbar.

Wir fragen deshalb an:

Ist es Absicht oder ein technischer Defekt, weshalb der Weg nicht beleuchtet wird?

Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um diesem Missstand abzuhelpfen?

Wir bitten um mündliche und ggf. ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich drücke mich nicht um die Antwort, Herr Stadtrat Wähnelt, wenn ich auch voran schicken will, dass sich die Elbuferpromenade in der Verantwortung der Rechtsträgerschaft des Stadtgartenbetriebes befindet. Aber wir haben damals die maßgebliche Information eingebracht, nämlich die Information I0089/03, Haushaltskonsolidierung. Im Rahmen dieser Information ist auch darüber informiert worden, dass dieser von Ihnen gekennzeichnete Abschnitt nicht mehr beleuchtet wird. Ich habe, das wusste ich gar nicht mehr, von meiner Verwaltung dann mitgeteilt bekommen, die Beleuchtung des Abschnittes zwischen der Lucasklause und dem Bereich Fürstenwall wurde auf Anordnung des Beigeordneten VI belassen und das Tiefbauamt zahlt auch noch die Energiekosten, auch auf Anordnung des Beigeordneten VI. Das war also aus meiner Sicht keine so schlechte Tat. Aber das andere konnte ich nicht auch noch durchsetzen, weil die Haushaltskonsolidierung in diesem Abschnitt auch greifen musste.

---

5.18 Schriftliche Anfrage (F0290/05) des Stadtrates Rink, CDU-Fraktion:

Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet Neustädter Platz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

zahlreiche Veröffentlichungen in den Lokalpresse, aber auch viele Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern in den Sprechstunden der CDU-Ratsfraktion, beschäftigen sich mit Fragen der Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet Neustädter See. Dabei wurden mehrere konkrete Problemfälle durch die Bürger benannt. Daher stelle ich folgende Fragen.

3. Sind der Stadtverwaltung die Lärmbelästigungen durch einige Jugendliche im Bereich der Victor-Jara-Straße bekannt?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, das bestehende Alkohol- und Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen konsequent durchzusetzen?
5. Was für Lösungsmöglichkeiten sieht die Stadt, die Vermüllung des Nordwest-Ufers des Neustädter Sees, vor allem in den Sommermonaten, zeitnah zu beseitigen.
6. Die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sauberkeit auf dem Neustädter Platz ist durch zunehmende Verschmutzung und zweckfremde Nutzung gefährdet.  
Was unternimmt die Stadtverwaltung, um entsprechenden Tendenzen entgegenzuwirken?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Leiters für Brand- und Katastrophenschutz Herrn Langenhahn in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Dem Stadtordnungsdienst ist das Problem bekannt. Von Mai bis September 2005 wurden im Bereich Viktor-Jara-Straße insgesamt 83 Einsätze vor Ort durchgeführt. Dabei ergaben sich 20 konkrete Feststellungen, z. B. Alkoholenuss, Rauchen, Lärm und 17 Platzverweise.

Zur zweiten Frage: Gerade die Überwachung von Kinderspielplätzen ist Schwerpunktaufgabe des Stadtordnungsdienstes. In diesem Jahr wurden 1.500 Kontrollen durchgeführt. Es wurden Alkoholika sichergestellt und entsprechend Verwarngelder erhoben. Das Thema wird auch in der Aktion Saubere Stadt mit behandelt werden.

Zum Komplex drei: Am Neustädter See wird es Anfang nächsten Jahres in Vorbereitung der neuen Badesaison eine Beratung aller beteiligten Ämter und Eigenbetriebe geben, um sich eben prophylaktisch auf die Saison vorzubereiten und um genau diese negativen Aspekte zu vermeiden.

Zur Verschmutzung des Neustädter Platzes kann ich zurzeit nichts sagen. Das muss untersucht werden und dann werden wir uns schriftlich dazu äußern.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.19 Schriftliche Anfrage (F0278/05) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Perspektive für das HdL

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Bedauerlicherweise favorisierte jüngst das Bauministerium das City Carré und nicht das Haus der Lehrer für die Unterbringung seiner Landesbehörde und dies nicht nur zum Leidwesen der Wobau.

Zuvor beschloss der Stadtrat in seiner September-Sitzung den Antrag A0022/05 mit Änderungsantrag des RWB-Ausschusses im Punkt 2. mehrheitlich (Beschluss-Nr. 596-18 (IV)05):

2. Der OB wird gebeten, die weiteren Schritte der städtebaulichen Entwicklung des Breiten Weges konzeptionell erarbeiten zu lassen. Dabei soll einer Entwicklung als innerstädtischer Erlebnis-, Kultur-, Einkaufsbereich der Vorrang gegeben werden. In diese Konzeption ist auch die Entwicklung des Areals "Haus der Lehrer" einschließlich der östlich gelegenen Fläche bis zur Weitlingstraße einzubeziehen.

Wir fragen deshalb an:

1. Wie ist der Stand der Abarbeitung bzw. die Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung dazu ?
2. Wann ist damit zu rechnen, dass der Stadtrat auf der Basis von Vorschlägen der Verwaltung über die Perspektive des Standortes um das Haus der Lehrer entscheiden kann ?
3. Welche Vorstellungen seitens des Aufgabenträgers und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft gibt es hinsichtlich der Entwicklung des HdL überhaupt?

Antwort des Bürgermeisters Herrn Czogalla:

Das Haus der Lehrer ist seit vielen Jahren immer wieder Thema auch in diesem Hause gewesen. Das Haus der Lehrer sollte von Seiten der Stadt aus entwickelt werden. Das hätte nur Sinn gemacht, wenn wir Eigenbedarf für die Nutzung dieses Hauses gehabt hätten oder wenn das Land bzw. der Bund oder andere Institutionen entsprechenden Bedarf angemeldet hätten. Wir haben auch entsprechende Gespräche geführt, die alle gescheitert sind. Insofern haben wir dann hier im Stadtrat entschieden, das Objekt, nachdem verschiedene Investoren abgesprungen sind, die das Haus der Lehrer ausbauen wollten und entwickeln wollten, das Haus der Lehrer der WOBAU zu übertragen mit der Hoffnung, dass sich ein Investor findet, um dieses Areal attraktiv zu entwickeln. Diese Hoffnung haben wir immer noch nicht aufgegeben. Ich muss aber sagen, dass es ein sehr komplizierter Prozess ist. Herr Wähnelt könnte vielleicht sogar ergänzen. Mitte des Jahres wurden etliche Kaufinteressenten im Bestandsentwicklungsausschuss des Aufsichtsrates vorgestellt. Von diesen, ich glaube, 4, 5 Kaufinteressenten, hat einer ein entsprechendes Angebot abgegeben. Dieses Angebot ist inzwischen zurückgezogen worden, weil der Ankermieter wieder abgesprungen ist. Es ist also eine sehr komplizierte Lage. So einfach ist das nicht. Im Moment werden verschiedene Verhandlungen geführt, aber ich muss ehrlich sagen,

ich kann hier keine kurzfristige Lösung präsentieren und auch nicht versprechen. Eines könnten wir allerdings auch nicht machen, wir könnten den Standort nicht theoretisch entwickeln, wenn wir keine konkrete Perspektive haben, was wir dort machen wollen. Das ist das Problem. Ohne einen entsprechenden Investor lässt sich auch kaum dort etwas umsetzen. Wir haben weder in der Prioritätenliste entsprechende Kapazitäten vorgesehen, noch haben wir selbst irgendeine Vorstellung, was wir dort als Stadt entwickeln könnten. Insofern halte ich auch eine Entwicklung durch die Stadt nur für sinnvoll, wenn wir einen entsprechenden Investor finden, der bereit ist, hier seine Geldmittel anzulegen. Soweit vielleicht zum gegenwärtigen Stand. Zu den einzelnen Kaufinteressenten möchte ich hier im öffentlichen Teil nichts sagen. Wenn es gewünscht wird, dann im nichtöffentlichen Teil.

#### 5.20 Schriftliche Anfrage (F0295/05) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion:

Information zum Theater Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

aus aktuellem Anlass möchte ich um folgende Informationen aus der Arbeit des theaters magdeburg bitten.

In mehreren Schriftstücken und Gesprächen wurde durch die Theaterleitung die zeitnahe Einführung von Kostenstellen im theater magdeburg angekündigt. Daher die Frage:

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand dieser Maßnahme?

Die in der Stadtratssitzung vom 04.10.2005 behandelte I0268/05 "Betriebsdatenbericht theater magdeburg per 15.09.2005" geht von einer Einhaltung des Budgetrahmens nur aus, wenn der Haustarifvertrag abgeschlossen wird. Deshalb folgende Fragen:

Ist und wenn ja, wann wurde ein Haustarifvertrag, mit welcher Laufzeit, abgeschlossen? Falls noch kein Abschluss vorliegt, woran und an wen liegt die Verzögerung begründet?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Wir müssen natürlich den Abschluss der Haustarifgespräche abwarten. Ich sehe mich nicht in der Lage vor Abschluss des Haustarifgesprächs Ihnen in der Sache selbst eine Antwort geben zu können.

Jetzt zum Thema Haustarife: Es geht im Haustarifvertrag um die Tarifgruppe DFUD. Der Abschluss erfolgte am 22. August 2005, Rückdatierung auf den 14. Juni 2005, Laufzeit 1. 1. 2005 bis 31. 7. 2007.

Haustarifverträge zweitens für die Tarifgruppen TVKO und MV Bühne, Abschluss 12. 10. 2005, Rückdatierung auf den 15. 7. 2005, Laufzeit 1. 1. 2005 bis 31. 7. 2008.

Die Haustarifabschlüsse includieren eine Personalkostenminimierung um 806.000 Euro. Das kann ich Ihnen auch gern nochmal schriftlich geben. Aber ich denke, das reicht.

Einführung von Kostenstellen: Das Theater Magdeburg arbeitet mit einem auf den Theaterbetrieb zugeschnittenen Kostenstellensystem. Ich schlage vor, wenn Sie sich im Detail dafür interessieren, dass Herr Ruppert Ihnen das nochmal vorstellt.

#### 5.21 Schriftliche Anfrage (F0300/05) der Stadträtin Meinecke, Vorsitzende des Ausschusses K:

In den Diskussionen zur Sanierung des Rathauses wurde auch über die Möglichkeit der Ausgestaltung der Flure, welche zu den Fraktionsräumen führen, gesprochen.

Um keine Löcher bohren zu müssen, sollten Leisten mit Aufhängvorrichtungen angebracht werden. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Unsere Fragen:

1. Werden diese Vorrichtungen noch angebracht?
2. Wann soll dies geschehen?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Vorrichtungen sind nach meinem Kenntnisstand in den Fraktionen angebracht worden. Ob diese auf den Fluren angebracht werden sollten oder werden, das muss ich prüfen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 6.22 Schriftliche Anfrage (F0301/05) der Stadträtin Meinecke, Vorsitzende des Ausschusses K:

Wie allen bekannt ist, wird die Feuerwache Buckau zur Zeit saniert.

Die Abteilung Jazz, Rock, Pop des Konservatoriums und die Jugendkunstschule als künftige Nutzer haben sich über den Namen dieses Hauses Gedanken gemacht und schlagen

**“Thiem 20 – Haus für junge Kunst”**

vor.

Der Kulturausschuss ist mit diesem Namen einverstanden.

Unsere Frage an den Stadtrat:

1. Wird die Einbringung einer diesbezüglichen Beschlussvorlage in den Stadtrat gewünscht oder akzeptieren Sie die Zustimmung des Kulturausschusses?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.23 Schriftliche Anfrage (F0302/05) des Stadtrates Brüning, Fraktion Linkspartei.PDS:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

anlässlich des Wiedereinzuges des Stadtrates in das Alte Rathaus und der damit verbundenen Verbesserung der Arbeitsbedingungen frage ich Sie:

1. Mit Schreiben vom 22.8.2005 haben Sie die Fraktionen über das Vorliegen der kommunalaufsichtsrechtlichen Genehmigung des Pilotprojekts „papierarme/papierlose Arbeit des Stadtrates“ informiert. Für Ende September 2005 hatten Sie einen Vorschlag des Amtes 13 für die Umsetzung des Pilotprojektes angekündigt. Es ist Anfang November geworden, die Haushaltsberatungen haben begonnen – wann erhalten wir die Vorschläge nun wirklich?
2. Nochweiter zurück liegt die Information über die Möglichkeit des Nutzens des Rechercheprogramms „Session“ auch am Heimarbeitsplatz der Stadträtinnen und Stadträte. Wann wird uns dieses Programm für die Arbeit zur Verfügung stehen?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

## 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

- 6.1. Grundsatzbeschluss für den Aus- und Umbau der Kindertageseinrichtung Montessori Kinderhaus DS0284/05  
BE: Oberbürgermeister
- 

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Es liegt der Änderungsantrag DS0284/05/1 des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper vor.

Gemäß Änderungsantrag DS0284/05/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 2 wird geändert:

### **Beschlusspunkt 2**

Der Stadtrat beschließt für den Einrichtungsträger "Initiative zur Förderung aktiver und freier Pädagogik e.V." den Aus- und Umbau des Montessori-Kinderhauses (rückwärtiger Flachbau) für eine Kapazität von 18 Krippen-, 42 Kindergarten- und 6 integrativen Kindergartenplätzen. (Modul 4)

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0284/05/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

### Beschluss-Nr. 659-22(IV)05

1. Der Stadtrat unterstützt das Gesamtnutzungskonzept des Einrichtungsträgers für das städtische Gebäude in der Harsdorfer Str. 33/33a
2. Der Stadtrat beschließt für den Einrichtungsträger "Initiative zur Förderung aktiver und freier Pädagogik e.V." den Aus- und Umbau des Montessori-Kinderhauses (rückwärtiger Flachbau)

für eine Kapazität von 18 Krippen-, 42 Kindergarten- und 6 integrativen Kindergartenplätzen. (Modul 4)

3. Die inhaltlichen Änderungen (Zweckentfremdung) der im Haushalt 2005 eingestellten Mittel in Höhe von 41.600 EUR für die Erbringung von Planungsleistungen bis zur Phase 3 (HUBau) wird bestätigt. Als Deckungsquelle wird die Haushaltsstelle 2.46402 988000.8-52 herangezogen.

6.1.1. Änderungsantrag zur Drucksache 0284/05 - Grundsatzbeschluss für den Aus- und Umbau der Kindertageseinrichtung Montessori Kinderhaus DS0284/05/1  
Oberbürgermeister

---

6.2. Antrag auf überplanmäßige Ausgabe DS0446/05  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 660-22(IV)05

Der Stadtrat stimmt einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 97 GO LSA im Deckungskreis 4 - Personalausgaben - in Höhe von 999.000 Euro zu.

Die Deckung erfolgt durch überplanmäßige Mehreinnahmen in den Haushaltsstellen 1.40500164000.2 i. H. v. 526.000 Euro - anteilige Erstattung von der Agentur für Arbeit der Personalkosten für ARGE und 1.81000210000.7 i. H. v. 473.000 Euro - Gewinnbeteiligung von der SWM.

6.3. P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg  
Jahresabschluss zum 31.12.2002

DS0390/05

BE: Bürgermeister

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 661-22(IV)05

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2002 der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss zum 31.12.2002 mit einer Bilanzsumme von 6.040.840,58 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 982.519,88 EUR festzustellen,
  - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 982.519,88 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 520.578,01 EUR zu verrechnen und den saldierten Verlust in Höhe von 1.503.097,89 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
  - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2002 zu entlasten,
  - dem Geschäftsführer, Herrn Horst Rieke, für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung zu erteilen.

6.4. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg

DS0407/05

BE. Bürgermeister

---

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet seine Stimmenenthaltung zur Drucksache DS0407/05 dahingehend, dass über die Wirkung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse nichts bekannt ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet die vorliegende Drucksache DS0407/05 und bezeichnet das Verfahren als einen Sonderfall.

Der Bürgermeister Herr Czogalla merkt ergänzend an, dass zwar laut Sparkassengesetz das Aufsichtsgremium für die Stadtparkassen das Finanzministeriums des Landes ist, aber der Stadtrat die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse zu erteilen hat. Er informiert weiterhin, dass die Zukunft der Stadtparkassen bundesweit derzeit auf dem Prüfstand stehen und die Bindung zwischen Stadt und Stadtparkasse immer offener wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr.662-22(IV)05

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg für das Geschäftsjahr 2004.

6.5.	Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH Jahresabschluss zum 31.12.2004	DS0422/05
BE. Bürgermeister		

Die Stadträte Reppin und Seifert, CDU-Fraktion, erklärten gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0422/05/1 ein und beantragt für die Diskussion dazu die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Der GO-Antrag des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, - Herstellung der Nichtöffentlichkeit –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und Enthaltungen **abgelehnt**.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion informiert der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg über die Diskussion im Ausschuss.

Der Bürgermeister Herr Czogalla macht grundsätzliche Bemerkungen zur Thematik und geht dabei u.a. auf die derzeitige Situation der MVB GmbH ein. Bezüglich der geäußerten Befürchtungen des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, sieht er keinen akuten Handlungsbedarf und bittet darum, der vorliegenden Drucksache DS0422/05 zu folgen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal empfiehlt, den Änderungsantrag DS0422/05/1 zurückzuziehen und erneut auf der nächsten Stadtratssitzung oder zur Haushaltsberatung einzubringen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt die Ausführungen des Bürgermeisters Herrn Czogalla.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning legt nochmals seine Position zum 2. Anstrich des Punkt 2 des Beschlussvorschlages dar.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellend auf die vorliegende Drucksache DS0422/05 ein und kündigt an, dem Vorwurf des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, die Stadt würde der MVB GmbH Geld vorenthalten, nachzugehen.

Nach umfangreicher Diskussion wird das 1. Abstimmungsergebnis (22 Ja-, 22 Neinstimmen und 4 Enthaltungen) zum Änderungsantrag DS0422/05/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS von Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Das 2. Abstimmungsergebnis (23 Ja-, 22 Neinstimmen und 4 Enthaltungen) wird vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper ebenfalls angezweifelt und die Abstimmung wird erneut wiederholt.

Auf Antrag des Stadtrates Danicke, SPD-Fraktion erfolgt die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag DS0422/05/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0422/05/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 22 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 2/ zweiter Anstrich wird gestrichen. Eine Ausschüttung des errechneten Gewinns erfolgt nicht.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0422/05/1 der Fraktion Die Linkspartei.PDS mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

#### Beschluss-Nr. 663-22(IV)05

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2004 der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH (MVB GmbH) zur Kenntnis.

2. Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH werden angewiesen,
- den Jahresabschluss zum 31.12.2004 mit einer Bilanzsumme von 123.551.249,70 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 87.188,73 EUR festzustellen,
  - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 zu entlasten,
  - den Geschäftsführern, Herrn Dr. Preil und Herrn Regener, die Entlastung für das Geschäftsjahr 2004 zu erteilen,
  - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 die WIBERA Wirtschaftsberatungs AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

6.5.1.	Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH Jahresabschluss zum 31.12.2004  Fraktion Die Linkspartei.PDS	DS0422/05/1
--------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

---

6.6.	Jahresabschluss 2004 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg  BE: Bürgermeister	DS0448/05
------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 664-22(IV)05

Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der ZENIT GmbH zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der ZENIT GmbH wird angewiesen:



Beschluss-Nr. 665-22(IV)05

Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der NKE GmbH werden angewiesen, folgende Satzungsänderungen zu beschließen und umzusetzen.

- a.) § 10, Ziffer 2 der Satzung wird wie folgt neu gefasst  
 “ Der Aufsichtsrat besteht aus 6 Mitgliedern, von denen 4 Mitglieder von der Landeshauptstadt Magdeburg und 2 Mitglieder vom Zentralverband Gartenbau e.V. entsandt werden. Die von der Landeshauptstadt Magdeburg zu entsendenden Mitglieder rekrutieren sich aus 1 vom Oberbürgermeister und 3 vom Stadtrat zu entsendenden Mitgliedern.  
 Zum Mitglied des Aufsichtsrates kann nicht entsandt werden, wer eine unternehmerische Tätigkeit ausübt, die im Zusammenhang mit den Aufgaben der Gesellschaft steht bzw. wer in einem Vertragsverhältnis mit der Gesellschaft steht.”
- b) § 11, Ziffer 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst  
 “ In die Gesellschafterversammlung entsenden die Landeshauptstadt Magdeburg ~~2~~ **4** ständige Vertreter, wovon ~~jeweils~~ **1** Vertreter durch den Oberbürgermeister und **3** **Vertreter durch** den Stadtrat benannt werden, und der Zentralverband Gartenbau e.V. ~~4~~ **2** Vertreter.”

6.7.1. Änderung eines Gesellschaftsvertrages - NKE GmbH DS0456/05/1

CDU - Fraktion

---

6.8. Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Magdeburger Jahres der Wissenschaft 2006 DS0476/05

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

---

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0476/05/1.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta bringt die Drucksache DS0476/05 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0476/05/1 des Ausschusses RWB **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der 2. Punkt soll wie folgt geändert werden:

Dem Stadtrat ist bis zur Januarsitzung 2006 ein nachvollziehbares Durchführungskonzept unter Einbeziehung der Wirtschaft, der Uni, der Fachhochschule und der Institute vorzulegen.

Der 3. Punkt soll redaktionell geändert werden:

Zur Finanzierung der Maßnahmen werden Mittel in Höhe von 300.000 Euro bereitgestellt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0476/05/1 des Ausschusses RWB einstimmig:

Beschluss-Nr.666-22(IV)05

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Magdeburger Jahres der Wissenschaft 2006.
2. Dem Stadtrat ist bis zur Januarsitzung 2006 ein nachvollziehbares Durchführungskonzept unter Einbeziehung der Wirtschaft, der Uni, der Fachhochschule und der Institute vorzulegen.
3. Zur Finanzierung der Maßnahmen werden Mittel in Höhe von 300.000 Euro bereitgestellt. Gleichzeitig wird sich die Landeshauptstadt Magdeburg intensiv um Sponsoren und Fördergelder für das Veranstaltungsjahr bemühen.
4. Für die weitere professionelle Vorbereitung und Durchführung des Wissenschaftsjahres wird beim Beigeordneten III ein Projektbüro in der Zeit von 11/05 bis 01/07 eingerichtet.

6.8.1.	Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Magdeburger Jahres der Wissenschaft 2006	DS0476/05/1
--------	---------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

---

6.9.	Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103-2D "Stahlgießerei"	DS0368/05
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 667-22(IV)05

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden von der nördlichen Grenze der Stahlgießerei,
- im Osten von der östlichen Grenze der Stahlgießerei,
- im Süden vom Vorhaben- und Erschließungsplan-Gebiet Nr. 103-2.1 "Hafenbecken I/II"
- im Westen vom August-Bebel-Damm

wurde durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg am 10.04.1995 der Beschluss (167-13(II)95) gefasst, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 103-2d "Stahlgießerei" ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

6.10.           Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des  
Bebauungsplanes Nr. 103-2F "Beton- und Baustoffwerke"

DS0369/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, weist auf eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext hin. (Im Punkt 1 des Beschlussvorschlages muss es richtig heißen: ...wurde durch **den Stadtrat**....

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 668-22(IV)05

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:
  - im Norden vom südlichen Böschungsfuß der Bundesautobahn A 2,
  - im Osten von der östlichen Grenze der Beton- und Baustoffwerke,
  - im Süden von der nördlichen Grenze des Bebauungsplanes 103-2d "Stahlgießerei"
  - im Westen vom August-Bebel-Damm
 wurde durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 21.09.1995 der Beschluss (391-22(II)95) gefasst, einen Bebauungsplan aufzustellen.  
 Dieser Beschluss wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.  
 Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.
  
2. **Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 103-2f "Beton- und Baustoffwerke" ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.**

6.11. Entwurf zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1  
 "Bahnhofsvorplatz"

DS0385/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky bringt die Drucksache DS0385/05 ein und betont dabei u.a., dass es vorrangig um die wirtschaftliche Betreuung des City Carrés geht.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern verweist auf eine Forderung im Ausschuss und möchte im Protokoll festgehalten wissen, dass eine Öffnung zur Otto-von-Guericke-Straße im städtebaulichen Vertrag zu verankern ist.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet umfassend die Ablehnung zur Drucksache DS0385/05 u.a. damit, dass die Flächen im City Carré bis heute nicht voll vermarktet sind.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bittet in diesem Zusammenhang darum darüber nachzudenken, ob die Öffnung der Bahnhofstraße hin zur Ernst-Reuter-Allee für den Autoverkehr möglich ist.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS, argumentiert für die Annahme der Drucksache DS0385/05.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, schließt sich den Ausführungen des Stadtrates Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS, an und bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky dafür zu werben, die Flächen im Osten aufzuwerten.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky informiert über die vertraglich angestrebte Zielsetzung und geht im Weiteren auf die kritischen Ausführungen des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auf die Bitte des Vorsitzenden der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann ein.

Im Rahmen der weiteren Diskussion begründet Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, seine Ablehnung, Stadtrat Salzborn CDU-Fraktion, seine Zustimmung und Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, die unterschiedlichen Voten ihrer Fraktion zur Drucksache DS0385/05.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 669-22(IV)05

1. Der Entwurf und die Begründung zur 3. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf, die Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
3. Gemäß § 4a BauGB erfolgt die Beteiligung der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes (§ 3 Abs. 2 BauGB).  
Die Benachrichtigung über die öffentliche Auslegung erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB.
4. Der Beschluss der öffentlichen Auslegung der 3. Änderung des Bebauungsplanes, Ort und Dauer sowie Art der vorliegenden umweltbezogenen Informationen sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

6.12.	Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des Bebauungsplanes B-Plan Nr. 103-3 "Am Deichwall"	DS0440/05
<hr/>		
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 670-22(IV)05

**1.** Für das Gebiet, das umgrenzt wird

- im Norden von der Südgrenze der Flurstücke 50/3 und 916/65 der Flur 204
- im Osten von der westlichen Straßenbegrenzung des August- Bebel- Dammes
- im Süden von der Nordseite der Hohenwarther Straße
- im Westen von der Nordwestgrenze des Flurstückes 1070/65, Südwestgrenze der Flurstücke 2075/61 und 2063/61 und deren nordwestlichen Verlängerung, Nordwestgrenze des Flurstücks 60(bisher alle Flur 207), weiter in der Flur204 von der Nordwestgrenze des Flurstückes 183/62 und deren Verlängerung, von der Nordostgrenze der Flurstücke 51/3 und 440/51

wurde vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 10. Juni 1999 der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gefasst (Beschluss Nr. 2211- 106(II)99).

Dieser Beschluss wird gemäß §1 Abs.8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

**2.** Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 103-3 "Am Deichwall" ist gemäß §2 Abs.1 Satz2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 6.13.        Wirtschaftsplan 2006 Städtischer Abwasserbetrieb Magdeburg        DS0436/05  
                  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 671-22(IV)05

1.        Der Wirtschaftsplan 2006 des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
  - 1.1        im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen in Höhe von 39.559 Tsd. EUR und Erträgen in Höhe von 35.496 Tsd. EUR sowie im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 21.557 Tsd. EUR
  - 1.2        mit dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme in Höhe von 9.570 Tsd. EUR
  - 1.3        mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite von 6.948 Tsd. EUR
2.        Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

- 6.14.        2. Änderungssatzung der Entwässerungsabgabensatzung der        DS0468/05  
                  Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Abgaben  
                  für die zentrale Abwasserbeseitigung und die dezentrale  
                  Schmutzwasserbeseitigung aus abflusslosen Sammelgruben von  
                  Grundstücken, die dem dauernden Wohnen bzw. gewerblichen  
                  Zwecken dienen  
                  -Entwässerungsabgabensatzung-  
                  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt kritisch zur Drucksache DS0468/05 Stellung und hinterfragt die Notwendigkeit der jetzigen Gebührenerhöhung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky informiert bezüglich der kritischen Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes SAM und die Gebührenerhöhung nicht im Zusammenhang mit den derzeitigen Verkaufsabsichten des Eigenbetriebes SAM stehen.

Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinterfragt den Verbleib der Kostenüberschüsse und den Grund der Gebührenerhöhung ab dem Jahr 2006.

Stadtrat Zentgraf, Mitglied des BA SAM, begründet das Beratungsergebnis.

Auf Bitte des Stadtrates Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, erhält der Leiter des Eigenbetriebes SAM Herr Vinzelberg das Rederecht. In seinen Ausführungen geht er auf die Nachfragen der Stadträte Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 36 Ja-, 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 672-22(IV)05

Der Stadtrat beschließt die dieser Drucksache beigefügte 2. Änderungssatzung der Entwässerungsabgabensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

- |       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 6.15. | 2. Änderungssatzung der Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Beseitigung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben von Grundstücken, die nicht dem dauernden Wohnen bzw. nicht gewerblichen Zwecken dienen und von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen<br>-Abwasseranlagengebührensatzung-<br>BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0469/05 |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
- 

Der BA SAM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 34 Ja-, 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 673-22(IV)05

Der Stadtrat beschließt die dieser Drucksache beigefügte 2. Änderungssatzung der Abwasseranlagengebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

6.16.	Stellungnahme zur überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes zur Vergabe einer Baukonzession	DS0447/05
<hr/>		
	BE. Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	

Die Ausschüsse RPB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht umfassend auf die Genese zur Drucksache DS0447/05, zu den Feststellungen des Landesrechnungshofes (LRH) ein und weist den Vorwurf des LRH einer rechtswidrigen Handlung durch die Stadt energisch zurück. In seinen umfangreichen Darlegungen verweist er u.a. auf die Drucksache DS0300/04 und merkt abschließend an, dass das gesamte Verfahren durch das Land genehmigt wurde. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0447/05.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen einzelne Fraktionen und die Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht in seinen Ausführungen kritisch auf die Feststellungen des LRH und auf die Unterstellung, der Stadtrat würde rechtswidrig handeln, ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke appelliert an den Stadtrat, die Kritik des LRH ernst zu nehmen. Er signalisiert Zustimmung zur Drucksache DS0447/05.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, unterstreicht die Auffassung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Vorwurf der Rechtswidrigkeit und geht kritisch auf die Aussagen des Präsidenten des LRH Herrn Seibecke ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern teilt die Auffassung des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion und hält die Reaktion des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper auf die Kritik des LRH für unangemessen. Er betont weiterhin, dass es bezüglich der Einleitung des Notifizierungsverfahrens auch unterschiedliche rechtliche Auffassungen gibt. Er stellt abschließend aus der Sicht seiner Fraktion fest, dass ein Restrisiko bestehen bleibt.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass ein Vorschlag des Stadtrates Balzer einer kostengünstigeren Variante zum Stadionneubau nicht ernsthaft untersucht wurde.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützt den Standpunkt des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und signalisiert im Namen seiner Fraktion Zustimmung zur Drucksache DS0447/05.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion wo Vertreter der Fraktion Die Linkspartei.PDS und CDU-Fraktion ihre Auffassungen zur Position des LRH darlegen, gibt Stadtrat Balzer zu Protokoll, dass er sich am gesamten Verfahren zum Stadionneubau nicht beteiligt hat, aber einen Vorschlag unterbreitet hat, ein Stadion mit einem geringeren Kostenrahmen zu bauen.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die in der Diskussion dargelegten unterschiedlichen Rechtsauffassungen und klarstellend auf die Frage des bestehenden Restrisikos ein.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 674-22(IV)05

Der Stadtrat tritt der Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Bericht der überörtlichen Prüfung durch den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt "Die Vergabe einer Baukonzession für den geplanten Stadionneubau und die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt" bei.

#### 7. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

#### 7.1 Michaela Vogel, Eggersdorfer Str. 22, 39122 Magdeburg

Frau Vogt ist Mutter von Drillingen und bittet um einen Anwohnerparkplatz vor dem Haus.

#### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich habe die Kinder in Ihrer Wohnung schon besucht. Ich kenne auch die Situation. Sie haben mir hierzu im Vorfeld einen Brief geschrieben, der auch beantwortet wurde. Die zuständige

Behörde hat festgestellt, dass Ihre Forderung rechtlich nicht begründet ist. Wir suchen nach einem Kompromiss.

Ergänzender Hinweis des Stadtrates Herrn Westphal, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Es gibt zwar keinen rechtlichen Anspruch, aber man sollte versuchen, eine Lösung zu finden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Die Straßenverkehrsbehörde ist keine kommunale Behörde. Ich prüfe es nochmal.

7.2 Dr. Marcus Heldmann, Lessingstraße 24, 39108 Magdeburg

Ich bin Vater eines Sohnes, dessen KiTa aufgrund des Umzugs in das Hundertwasserhauses geschlossen wird.

Ich möchte die Gründe dafür hinterfragen. Der Evangelische Gesamtverband argumentiert, dass die Schließung aufgrund hoher Sanierungskosten erfolgen muss.

Ich möchte wissen, ob es eine konkrete Planung von Seiten des Gesamtverbandes gibt, ob Ihnen eine Planung vorliegt und ob die Stadt sich ein Bild darüber gemacht hat, ob die Schätzung der Vorschläge des Evangelischen Gesamtverbandes tatsächlich realistisch sind.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Derartige Zahlen zu einem Sanierungsaufwand sind mir nicht bekannt, sind uns auch, soweit ich weiß, vom Träger nicht vorgelegt worden. Das Argument, die drei Standorte im Hundertwasserhaus zusammenzulegen, war nach Ansicht des Trägers, dass diese drei kleinen Einrichtungen, die ja alle bis maximal 30 Plätze haben, sich auf Dauer wirtschaftlich nicht tragen und insofern eine Zusammenlegung im Hundertwasserhaus geplant ist. Das Argument war durchaus überzeugend. Also auch wir wissen, dass KiTas mit einer Kinderzahl von unter 60 wirtschaftlich, auch was den Personaleinsatz angeht, schwer zu betreiben sind.

Nachfrage:

Trotzdem ist das ja ein Argument, das von Seiten des Evangelischen Gesamtverbandes angeführt wird, dass die Stadt, wenn sie diesem nicht zustimmt, mit hohen Investitionskosten rechnen muss. Ausschlaggebend soll das besondere pädagogische Konzept sein.

Jetzt würden wir gerne wissen, ob die Verwaltung darüber unterrichtet ist, ob die baulichen Maßnahmen, die notwendig sind, um dieses gedachte pädagogische Konzept umsetzen zu können, inwieweit die realisiert sind bzw. ob die realisiert werden können. Und daran anschließend gleich auch noch die Frage, weil uns als Eltern immer wieder gesagt wird, wir werden auf externe Grünflächen ausweichen müssen, wird es für uns interessant, kann man das so einfach machen und wenn ja, wie sieht es aus mit dem Versicherungsschutz unserer Kinder.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Es gibt bei der Zulassung einer KiTa ein gestuftes Verfahren.

Einmal gibt es das Betriebserlaubnisverfahren. Da sind wir als Kommune nicht zuständig. Das ist das Landesjugendamt zuständig. Nach meinem Kenntnisstand wurde noch nicht entschieden, ob eine Betriebserlaubnis erteilt wurde. Das, was wir auf der kommunalen Ebene beurteilen, ist die Frage, ob das pädagogische Konzept kostenneutral umsetzbar ist. In der Drucksache, die jetzt in den Ausschüssen zur Beratung vorgesehen ist, fordern wir eine kostenneutrale Lösung. Dazu muss man auch wissen, dass wir nach dem KiFöG als Kommune keine rechtlichen Möglichkeiten haben, einen Standort generell zu verhindern. Das ist höchst richterlich hier beim Landesverfassungsgericht vor kurzem entschieden worden, dass, wenn ein Träger sich zu einem Standort entscheidet, die Kommune diesen finanzieren muss. Ich habe auch in den letzten Tagen mit dem Sozialministerium in der Angelegenheit telefoniert. Die sind sich gerade, auch was die Grünflächen angeht und die Norm, die ansonsten auch bei anderen KiTas angewandt wird, nämlich 18 Quadratmeter pro Kind, die sind dort nicht erreicht und auch die Frage, sind andere Grünflächen, die in etwas weiterer Umgebung liegen, ein adäquater Ersatz ist ungelöst.

Nachfrage:

Eine Frage ist noch. Wenn jetzt die Kindertagesstätten aus diesen drei Stadtteilen abgezogen werden, gibt es vom gesamten Verband Bestrebungen, einen Schadensersatz, aber zumindestens hinsichtlich sozialer Integration und ähnlicher Dinge Ersatz zu leisten bzw. gibt es da schon Konzepte über mögliche Angebote.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Das kann ich jetzt nicht sagen, was die Planungen des Evangelischen Gesamtverbandes sind. Wir haben uns in unseren Gesprächen auf die Verlegung der drei KiTas in das Hundertwasserhaus beschränkt.

7.3 Frau Claudia Fund, Robert-Seitz-Straße 6., 39108 Magdeburg

Nachdem Ende 2002 der Stadtrat beschlossen hatte, das neue Tierheim auf dem Gelände der ehemaligen Großgaserei in Rothensee (Burger Straße) zu errichten, besteht zwar seit 2004 Baurecht (ein Bebauungsplan liegt vor), aber das Grundstück steht unverändert im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und die Planungen ruhen. Zwischenzeitlich gibt es einen beratenden Ausschuss zu diesem Thema und die Kosten für die Errichtungen des neuen Tierheims an dem vorher genannten Standort steigen.

Im Tierheimausschuss wird über ein Angebot, welches der Stadt gemacht wurde - auf dem Grundstück in der Holsteiner Straße 50 eines privaten Investor, das neue Tierheim zu errichten und zu betreiben- beraten.

Hierzu folgende Fragen, wie werden die Eignung dieses Grundstückes, dass bei der Standortanalyse 2001/2002 quasi durchgefallen war und die Möglichkeit einer privatrechtlichen Errichtung und Betreibung des Tierheims geprüft?

In welchem zeitlichen Rahmen kann in Abhängigkeit vom Ergebnis dieser Prüfung der Bau des Tierheims am bisher beschlossenen Standort bzw. an dem nun ins Gespräch gebrachten Standort realisiert werden?

Ist hierzu die (Wieder-)Aufnahme des Tierheimneubaus auf die Liste der städtischen Investitionen beabsichtigt und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Eigentlich müsste das jetzt die Vorsitzende des zeitweiligen Ausschusses beantworten. Dort ist das Thema hindelegiert worden. Wir sind jedenfalls im Moment dabei, die Sachlage zu prüfen. Es gibt jetzt etwas andere Bedingungen, zum Beispiel die Anzahl der Tiere und wir prüfen nochmal, ob es am Standort prinzipiell genehmigungsfähig ist. Das läuft im Moment. Die Prüfung geht dann in den Ausschuss und der Ausschuss muss dann eine Empfehlung an den Stadtrat geben.

## 8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

8.1.	Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms"	A0054/05
	Die Linkspartei.PDS - Fraktion WV v. 07.04.05	

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Es liegt ein Änderungsantrag A0054/05/1 der FDP-Fraktion vor.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern bringt einen Änderungsantrag A0054/05/2 zum Änderungsantrag A0054/05/1 der FDP-Fraktion ein.

Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begründet nochmals den Antrag A0054/05.

Gemäß Änderungsantrag A0054/05/2 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Punkt 1 des Änderungsantrages A0054/05/1 der FDP-Fraktion wird gestrichen.

Im Punkt 2 des Änderungsantrages A0054/05/1 der FDP-Fraktion sind die Worte "kommunalen Flächen" zu streichen und durch das Wort "Abrißflächen" zu ersetzen.

Gemäß Änderungsantrag A0054/05/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0054/05/2 des Ausschusses StBV einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

- Nach Punkt 2 wird der Antrag um nachstehenden neuen Punkt 3 ergänzt:  
3. zu prüfen, inwieweit Baugrundstücke auf Abrißflächen bevorzugt und kostengünstig an Familien mit Kindern vergeben werden können,
- Aus Punkt 3 wird Punkt 4.

Gemäß Antrag A0054/05 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des präzisierten Änderungsantrages A0054/05/1 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 675-22(IV)05

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. zu prüfen, ob und wie unter Berücksichtigung der demographischen, wohnungspolitischen sowie sozialen Veränderungen in den Stadtteilen eine Anpassung der vorhandenen Planungen zur Stadtteilentwicklung notwendig ist. Besondere Bedeutung ist den ausgewiesenen Kernbereichen der Ortsteile zu widmen.
2. darzustellen, wie unter Berücksichtigung der derzeit getätigten Rückbaumaßnahmen eine Nachnutzung der dann freien Flächen durch individuellen Wohnungs- bzw. Eigenheimbau erfolgen kann,
3. zu prüfen, inwieweit Baugrundstücke auf Abrißflächen bevorzugt und kostengünstig an Familien mit Kindern vergeben werden können, sowie
4. ob und in welcher Hinsicht die Landeshauptstadt Magdeburg sich am Programm des Bauministeriums zur Nachnutzung von Abrissflächen beteiligen will.

8.1.1. Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des  
"Stadtumbauprogramms"

A0054/05/1

FDP - Fraktion

---



8.2.1.	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln	A0058/05/1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	

---

8.2.2.	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln	S0175/05
--------	-----------------------------------------	----------

---

8.2.3.	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln	S0254/05
--------	-----------------------------------------	----------

---

8.3.	Berufliche Frühorientierung an den Schulen verbessern	A0073/05
	FDP-Fraktion	
	WV v. 12.05.05	

---

Es liegt der Antrag A0174/05 als Ergänzungsantrag vor.

Die Ausschüsse BSS und Juhi empfehlen zum Antrag A0073/05 die Beschlussfassung.

Stadtrat Giefers, Mitglied im Ausschuss Juhi weist auf folgende im Ausschuss durch die FDP-Fraktion eingebrachte Änderungen im Beschlusstext hin:

- Punkt 1 3. Zeile wird gestrichen: *am 11. Juli 2005*
- Punkt 2, 1. Zeile wird gestrichen: *in kommunaler Trägerschaft*
- Punkt 3, werden die letzten beiden Zeilen, alles hinter [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) gestrichen.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, gibt eine redaktionelle Änderung im Antrag A0073/05 bekannt. (Im Punkt 1 des Beschlusstextes soll der Termin in der 6. Zeile heißen: 1.Quartal 2006)

Gemäß Antrag A0174/05 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit der Schaffung von Praktikumsplätzen innerhalb der Stadtverwaltung und in Städtischen Eigenbetrieben für Schülerinnen und Schüler, insbesondere der 10. Klassen, zu befördern.

Gemäß präzisierten Antrag A0073/05 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Antrages A0174/05 der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 677-22(IV)05

1. Die Stadtverwaltung stellt die berufswahlbegleitenden Maßnahmen und Projekte für Schülerinnen und Schüler, die von der Stadtverwaltung unterstützt werden, in einer übersichtlich geordneten Darstellung zusammen (z.B. Beteiligung am Girls-Day 2002-2005, Praktikumsangebot 2002-2005). Die Stadtverwaltung fasst die dabei gemachten Erfahrungen bis zur Stadtratssitzung im 1.Quartal 2006 in einem Bericht an den Stadtrat zusammen.
2. Die Stadtverwaltung prüft, inwiefern an Schulen ein Berufswahlpass auf freiwilliger Basis eingeführt werden kann, der die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler bereits ab Klasse 5 begleitet ([www.berufswahlpass.de](http://www.berufswahlpass.de)).
3. Die Stadtverwaltung, die unter dem Stichwort "Praktikantenbörse" bisher vor allem Studierenden (nach dem Vordiplom) gezielte Angebote unterbreitet, weist die von ihr zu vergebenden Lehrstellen und Praktikumsplätze auf [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) an.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit der Schaffung von Praktikumsplätzen innerhalb der Stadtverwaltung und in Städtischen Eigenbetrieben für Schülerinnen und Schüler, insbesondere der 10. Klassen, zu befördern.

8.3.1.	Schaffung von Praktikumsplätzen	A0174/05
	CDU - Fraktion WV v. 04.10.2005	

---

8.3.2.	Berufliche Frühorientierung an den Schulen verbessern	S0167/05
--------	-------------------------------------------------------	----------

---

- 8.4. Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees A0109/05  
CDU - Fraktion  
WV v. 09.06.05 und 29.09.05
- 

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0109/05/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet den Änderungsantrag A0109/05/1.

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, bringt seine Verwunderung zum Änderungsantrag A0109/05/1 des Ausschusses FG zum Ausdruck.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch nimmt zu den Anmerkungen des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion, Stellung und geht dabei u.a. auf Fragen zur Kostendeckung ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal kann den Änderungsantrag A0109/05/1 nicht nachvollziehen und signalisiert seine Zustimmung zum Antrag A0109/05.

Abschließend bittet Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, um Unterstützung des Antrages A0109/05.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0109/05/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Der Erhöhung des Zuschusses 2005 um den Anteil des Betriebskostenaufwuchses wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Deckungsquellen zu benennen und den Kostenaufwuchs nachzuweisen.

Gemäß Antrag A0109/05 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0109/05/1 des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 678-22(IV)05

Im Interesse einer kontinuierlichen Weiterarbeit dieser für die Landeshauptstadt einmaligen Erinnerungsstätte an das durch SED und MfS verursachte Unrecht beschließt der Stadtrat:

1. Die Arbeit des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. wird durch einen jährlichen Zuschuss für Betriebskosten und Sachmittel unterstützt.
2. Die Höhe der Betriebskosten wird in der vom KGM ermittelten jeweiligen Höhe erstattet. Für das Jahr 2005 beträgt die Fördersumme entsprechend 5260 €
3. Zusätzlich wird ein Sachkostenzuschuss in Höhe von 4000 €/a für Kommunikation und Bürobetrieb gewährt.
4. Die Förderung für Sach- und Betriebskosten erfolgt in Abhängigkeit von den Forderungen des KGM mit Wirkung vom 01.01.2005.
5. Der Erhöhung des Zuschusses 2005 um den Anteil des Betriebskostenaufwuchses wird zugestimmt.  
Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Deckungsquellen zu benennen und den Kostenaufwuchs nachzuweisen

8.4.1.	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	A0109/05/1
<hr/>		
Finanz- und Grundstücksausschuss		

8.4.2.	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	S0159/05
<hr/>		

8.4.3.	Anpassung Betriebskostenpauschale für Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees	S0248/05
<hr/>		

8.5.	1-Euro-Jobs für ältere Langzeitarbeitslose	A0113/05
<hr/>		

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss GeSo hält den Antrag A0113/05 mit der vorliegenden Stellungnahme S0222/05 für erledigt.

Gemäß Antrag A0113/05 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 679-22(IV)05

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich im Rahmen seiner Vertretung in der ARGE GmbH dafür einzusetzen, dass ältere ALG II-Bezieherinnen und -bezieher ab 58 Jahren, die einen sogenannten "1-Euro-Job" inne haben oder in Zukunft haben werden, die Möglichkeit eingeräumt wird, diesen bis zur Erlangung des gesetzlichen Rentenalters weiter auszuüben, sofern eine gegenseitige Bereitschaft vom "Arbeitsnehmer" und "Arbeitgeber" (d.h. Einsatzstelle bzw. Träger der Maßnahme) vorliegt, die Finanzierung durch die ARGE gesichert werden kann und gesetzliche Bestimmungen dem nicht widersprechen.

8.5.1.	1-Euro-Jobs für ältere Langzeitarbeitslose	S0222/05
--------	--------------------------------------------	----------

---

8.6.	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt	A0117/05
------	-----------------------------------------------------	----------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
 WV v. 11.07.05

---

Es liegt ein interfraktioneller Änderungsantrag A0117/05/1 und der Änderungsantrag A0117/05/2 des Verwaltungsausschusses vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht klastellend auf die vorliegenden Änderungsanträge und auf das Beratungsergebnis des Ausschusses VW ein. Er informiert weiterhin über den Vorschlag des Oberbürgermeisters im Ausschuss VW, im Januar 2006 in Umsetzung des Antrages A0117/05, eine Berichterstattung zu den strategischen Visionen für die Entwicklung der Stadt Magdeburg im Rahmen einer aktuellen Debatte im Stadtrat vorzunehmen. Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet abschließend den Antrag A0117/05 damit als umgesetzt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzt bezugnehmend auf den Antrag A0117/05/2, dass das Kongressthema auf der Grundlage von Vorschlägen der Fraktionen im Ausschuss VW abgestimmt wird.

Gemäß Änderungsantrag A0117/05/2 des Ausschusses VW **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Im Rahmen des Jahres der Wissenschaft 2006 wird in der Landeshauptstadt Magdeburg unter der Überschrift "Zukunftsdialog" ein Kongress organisiert und entsprechende Experten dazu eingeladen.

Das konkrete Kongressthema ist auf der Grundlage von Vorschlägen der Fraktionen abzustimmen.

Gemäß Antrag A0117/05 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des durch den Änderungsantrag A0117/05/2 des Ausschusses VW präzisierten Änderungsantrag A0117/05/1 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 680-22(IV)05

Im Rahmen des Jahres der Wissenschaft 2006 wird in der Landeshauptstadt Magdeburg unter der Überschrift "Zukunftsdialog" ein Kongress organisiert und entsprechende Experten dazu eingeladen.

Das konkrete Kongressthema ist auf der Grundlage von Vorschlägen der Fraktionen abzustimmen.

8.6.1.	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt	A0117/05/1
--------	-----------------------------------------------------	------------

Interfraktionell

---

8.6.2.	Strategische Visionen für die Entwicklung der Stadt	A0117/05/2
--------	-----------------------------------------------------	------------

Verwaltungsausschuss

---



Gemäß Antrag A0122/05 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 682-22(IV)05

Die Stadtverwaltung setzt sich dafür ein, dass in den Schulen die Stadt "Magdeburg als Lerngegenstand" stärker Berücksichtigung findet. Für diesen Zweck wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die Lehrplanbezüge und mögliche Inhaltsbausteine für den Unterricht aber auch für die außerunterrichtliche Arbeit zusammenstellt.

In einer solchen Arbeitsgruppe könnten beispielsweise Vertreter mitarbeiten aus:

- dem Stadtarchiv
- den Magdeburger Museen
- der Stadtbibliothek
- den Theatern der Stadt Magdeburg
- dem Literaturhaus
- dem Zentrum für Telemann-Pflege und -Forschung
- der katholischen Stadtpfarrerkonferenz
- der evangelischen Superintendentur
- der Otto-von-Guericke-Gesellschaft
- dem Geschichtsverein für Magdeburg und Umgebung e. V.
- der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- der Fachhochschule Magdeburg-Stendal
- engagierte Lehrerinnen und Lehrer

8.8.1.	Magdeburg als Lerngegenstand an Schulen	A0122/05/1
	Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	

8.8.2.	Magdeburg als Lerngegenstand an Schulen	S0236/05
--------	-----------------------------------------	----------

8.9.	Information zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht	A0140/05
	CDU - Fraktion WV v. 01.09.05	

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung ab.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, übt Kritik an der vorliegenden Stellungnahme S0237/05. Er begründet nochmals den Antrag A0140/005 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet das Votum des Ausschusses zum Antrag A0140/05.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet seine ablehnende Haltung zum Antrag A0140/05 in dieser Form.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum Antrag A0140/05 Stellung und merkt an, dass er zu dieser Thematik keinen Handlungsbedarf sieht.

Abschließend unterstreicht Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, die Ausführungen des Oberbürgermeisters und geht im Weiteren auf die Vielschichtigkeit der Problematik ein.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, den Antrag A0140/05 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

8.9.1.	Information zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht	S0237/05
--------	------------------------------------------------	----------

---

8.10.	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten	A0141/05
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	WV v. 01.09.05	

---

8.10.1.	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten	A0141/05/1
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

8.10.2.	Übersicht über Kitaplatz-Kapazitäten	S0232/05
---------	--------------------------------------	----------

---

8.11.	Neustädter Bahnhof und Vorplatz aufwerten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0181/05
8.12.	Perspektive der Gruson-Gewächshäuser Fraktion BfM/Tierschutz	A0183/05
8.13.	Verkehrskonzept Stadtfeld-Ost Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0188/05
8.13.1.	Verkehrskonzept Stadtfeld-Ost SPD - Fraktion	A0188/05/1
8.14.	Magdeburger Denkmale ins Netz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0189/05
8.15.	Hinweise auf benachbarte Plätze im Hauptbahnhof CDU - Fraktion	A0190/05
8.15.1.	Hinweise auf benachbarte Plätze im Hauptbahnhof	A0190/05/1
8.16.	Bundesanteil an Kosten der Unterkunft muss bleiben Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0191/05

8.17.	Änderung der Ehrenbürgersatzung Interfraktionell	A0179/05
-------	-----------------------------------------------------	----------

---

8.18.	Einführung des Ortschaftsrechtes für Magdeburger Stadtteile Interfraktionell	A0192/05
-------	---------------------------------------------------------------------------------	----------

---

8.18.1.	Einführung des Ortschaftsrechtes für Magdeburger Stadtteile Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0192/05/1
---------	---------------------------------------------------------------------------------------------	------------

---

8.19.	Effektivere Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt SPD - Fraktion	A0194/05
-------	--------------------------------------------------------------------	----------

---

8.20.	Stärkung des Ehrenamtes in Magdeburg Interfraktionell	A0184/05
-------	----------------------------------------------------------	----------

---

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0184/05 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0184/05 in die Ausschüsse KRB und K ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtra Löhr und der Vorsitzende der Fraktion Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning sprechen sich für den GO-Antrag aus, wobei Stadtrat Brüning darum bittet, den Antrag A0184/05 auch in den Ausschuss BSS zu überweisen.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ergänzt durch Stadtrat Brüning, Fraktion Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0184/05 wird in die Ausschüsse KRB, K und BSS überwiesen.

WV: 12.01.2006

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt die Nichtöffentlichkeit her.

9. Informationsvorlagen

---

9.1. Bericht zur Beschreibung der sozialen Lage der Magdeburger  
Bevölkerung I0217/05

---

9.2. Elefantenhaltung im Zoo Magdeburg I0224/05

---

9.3. Statusbericht 1995 bis 2005 mit Ausblick I0231/05

---

9.4. Information zur Umsetzung der Unterkunftsrichtlinie der  
Landeshauptstadt Magdeburg I0253/05

---

9.5. Städtepartnerschaft "Sarajevo" I0264/05

---

9.6. Weiterentwicklung der europäischen Metropolregion  
Halle/Leipzig-Sachsen-Dreieck zu einer Metropolregion  
Mitteldeutschland I0271/05

---

9.7. Spielplatzpaten I0281/05

---

9.8. Touristisches Orientierungs- und Leitsystem für Fußgänger in  
Magdeburg I0295/05

---

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge  
Ignatuschtschenko  
Vorsitzende/r

Silke Luther      Dr. Anne  
Schriftführer/in

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Bork, Jana

Klein, Carsten

Krause, Bernd

**Vorsitzende/r**

Ansorge, Jens

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Kilian, Thomas

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank  
Schwenke, Wigbert  
Seifert, Eberhard  
Siedentopf, Uta  
Stage, Michael  
Stern, Reinhard  
Trümper, Lutz Dr.  
Veil, Thomas  
Wähnelt, Wolfgang  
Westphal, Alfred  
Wübbenhorst, Beate  
Zentgraf, Hans-Jürgen  
Zimmer, Gerd Dr.  
**Geschäftsführung**  
Ignatuschtschenko, Anne Dr.  
Luther, Silke